

Holzarbeiter-Zeitung.

Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich, Sonntags.
Abonnementpreis M 1 pro Quartal, ohne Bringegeb.
Post-Nr.: 3564.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Verantwortlich für die Redaktion: A. Möste, Hamburg;
für die Expedition und den Anzeigentheil: S. Stubbe, Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg-Eimsbüttel, Bismarckstr. 10.

Inserate
für die viergespaltene Zeitzeile oder deren Raum 40 $\frac{1}{2}$
Bergütungsanzeigen und Stellenvermittlungen 20 $\frac{1}{2}$
Versammlungsanzeigen 10 $\frac{1}{2}$. Beilagen nach Uebereinkunft.

Der Arbeitsnachweis der Berliner Tischlerinnung ist gesperret!

Inhambewegung.

(Erfolgt nicht mindestens alle zwei Wochen eine nähere Mittheilung über den Stand des Streiks bzw. der Differenzen, streichen wir die Orte unter dieser Rubrik.)

- Zung ist fernzuhalten von:
 - Tischlern nach Sonneberg i. Th. (Aug. Döbrich, Gg. Sommer, Goufr. Schmidt, Georg Pfeiffer), Stolp in Pommern, Leipzig Wagner & Zinkeisen, Spremberg (Kiefer), Weikensee (Wahn & Meyson, König-Chausseestr. 71), Ustigenborn und (Hills & Schmidt), Martinroda (Hahn & Winne), Neumünster (G. Weder);
 - Tischlern, Stuhlbauern, Polirern, Drechslern, Bildhauern und Maschinenbauern nach Weisking (Kernert & März);
 - Tischlern und Maschinenarbeitern nach Mühlborn a. Inn und Neusorg i. Fichtelgebirge (Firma Kempf & Geiger);
 - Tischlern, Bildhauern, Drechslern, Polirern nach Grimmlschau i. S. (Rohland & Pohlend);
 - Bau- und Möbelstischlern nach Hornberg i. Schwarzw. (Kunze und J. Storz);
 - Drechslern nach Wamburg (Frank & Fickelmeier);
 - Umbaumachern und Fournirern nach Jena (Glaser);
 - Norbmachern nach Corbeitha (Mich. Thiem), Gesehacht und der Schweiz, Rößchenbroda (Ruhn);
 - Stellmachern und Tischlern nach Ronneburg (Fried. Spring);
 - Stochblegern nach Böln (Wiemeher);
 - Knopfmachern nach Schmölin (Jahr).

Um die Beute.

Der Zollkampf, der gegenwärtig im Reichstage tobt, hat in den letzten Tagen Formen angenommen, die in der 51-jährigen Geschichte dieses Parlamentes ohne Beispiel dastehen. In dem Bestreben, die fetten Zollprofite möglichst schnell unter Dach und Fach zu bringen, sind die Zollwucherparteien nicht vor den unerhörtesten Gewaltstreichen gegen die das Volksinteresse schützenden Minoritätsparteien, die Sozialdemokraten und Freisinnigen, zurückgeblieben. In der sicheren Erwartung, daß die Arbeitervertreter im Parlament es nicht ruhig geschehen lassen werden, wie der arbeitenden und konsumirenden Bevölkerung zum Westen einiger Junker und Großkapitalisten das Fell über die Ohren gezogen wird, versuchen die Konservativen, Ultramontanen und ihr Anhang, die Verfechter jener dem Volk so gefährlichen Interessentiquen, durch einen Bruch der Geschäftsordnung, der Verfassung des Reichstages, der Zolloppektion den Hals umzudrehen. Wie, wenn sie damit einmal unüberleglich dokumentieren wollten, daß Macht vor Recht geht!

Denn daß die bisherige Haltung der Opposition den Zollwucherparteien kein Recht gab, mit so außergewöhnlichen, weil gewaltthätigen Mitteln in den Zollkampf einzugreifen, steht fest. Die Opposition hatte sich darauf beschränkt, eine gründliche Behandlung dieser, in das Volksleben doch gewiß tief einschneidenden Frage zu fordern, und sie hatte die Berechtigung dieser Forderung in ihren Reden genügend belegt. Das paßte den Zollwucherparteien von vornherein nicht in den Kram. Schon in der Kommission, die zur Verathung des Zolltarifs vom Reichstage eingesetzt war, suchten die Zollner die ihnen unbequemen Redner der Linken zu vergewaltigen. Das Volk da draußen sollte nicht hören, wie furchtbar gemeinschädlich die Pläne der Wucherer sind. Als dann der Zolltarif im Plenum des Reichstages weiter berathen werden sollte, da übten die Zollner eines-theils Todtschweigepolitik, indem sie fast nur abstimmen, anderentheils erfolgten prompt Schlufanträge, sobald die Zollgegner eine Diskussion eben begannen. Obendrein blieben Duhende zu Hause und erwarteten, die Minderheit würde gutmüthig genug sein, seinen Werth auf ein beschlußfähiges Haus zu legen. Aber die Zollgegner waren nicht ge-

willt, für die Reichstagschwänger auch noch die Zollwucherei zu fördern. Deshalb erfolgten die vielen namentlichen Abstimmungen, durch welche festgestellt werden konnte, ob die Zollner auch beschlußfähig zur Stelle seien. Diese ihnen unbequeme Taktik der Opposition haben die Zollwucherparteien zu durchkreuzen gesucht, indem sie die seit Bestehen des deutschen Reichsparlamentes übliche Form der namentlichen Abstimmungen änderten, und zwar verschlechterten. Damit war ja nun eigentlich nicht sonderlich viel gewonnen, den Brotwuchergegnern blieb immer noch die Möglichkeit der schonungslosen Kritik des Brotwuchers, und um diese zu verhindern, mußte zu einem weit kräftigeren Schlag ausgeholt werden. Dann aber mußten die Junker und Junkerengenossen auch für eine erhebliche Beschleunigung der Zolltarifverhandlungen Sorge tragen, sollte das ihnen so profitable Werk nicht unvollendet bleiben. Im Juni nächsten Jahres müssen bekanntlich die Neuwahlen zum Reichstage stattfinden. Gelingt es nicht, den Zolltarif bis dahin zu erledigen, so besteht die Gefahr, daß überhaupt nichts daraus wird. Denn mögen die Junker und ihr Anhang auch noch so gewissenlos sein, so viel wissen sie, daß die große Mehrzahl der Bevölkerung den für ihre Lebenshaltung so verhängnisvollen Brotwucher entschieden verurtheilt. Und diese Brotwuchergegnerchaft der Bevölkerung könnte bei den nächsten Reichstagswahlen so deutlich zum Ausdruck kommen, daß aus der zollwüthigen Reichstagsmehrheit leicht eine Minderheit werden könnte, der man den Zolltarif zerrissen vor die Füße wirft.

Das wissen die Zollner zu gut, deshalb haben sie plötzlich ihren ganzen Eifer vergessen und haben sich mit vereinten Kräften auf die Opposition gestürzt, um sie auf's Neue zu vergewaltigen, und zwar in einer noch unerhörteren Weise als das erste Mal.

Noch bis vor 14 Tagen konnte man von den hervorragendsten Führern sowohl der Konservativen als des Zentrums hören, daß sie an dem ganzen Zolltarif kein Interesse mehr hätten, falls nicht die Minimalsätze der vier Hauptgetreidearten gegen die Regierungsvorlage um durchgängig 50 $\frac{1}{2}$ pro Doppelzentner — bei Gerste sogar nicht um erheblich mehr — erhöht werden würde, daß sie auf den Zolltarif überhaupt verzichteten müßten, wenn nicht auch für Vieh und Fleisch Minimalsätze festgesetzt und für landwirthschaftliche Gebrauchsgegenstände, wie Maschinen und Werkzeuge, wesentliche Ermäßigungen der vorgeschlagenen Zölle durchgeführt werden würden, daß sie sogar den Freihandel diesem Schutzollsystem auf der Grundlage des Regierungsentwurfes vorziehen müßten. Noch zu derselben Zeit konnte man in Großindustriekreisen hören, daß nicht eine Ermäßigung der Industrie, wohl aber der Agrarzölle verlangt werden müsse, wolle man von der Industrie eine Annahme dieses Tarifes erwarten. Und die Regierung gar hatte sowohl in der ersten Lesung, als in der Kommissionsberathung und beim Beginn der zweiten Lesung des Tarifs ungewöhnlich erklärt, daß für sie die Forderungen der Agrarier und insolgedessen auch die Kommissionsberathungen „unannehmbar in jedem Stadium der Verhandlungen“ seien. Nach diesem festen, ehrenwörtlich gegebenen Erklärungen der verschiedenen am Zollwucher interessirten Faktoren konnte man also eher eine einstimmige Ablehnung des ganzen Zolltarifs, als eine Einigung dieser so widersprechenden Elemente auf der Grundlage des Regierungsentwurfes erwarten.

Alle diese Gegenätze, die den meisten Anlaß zu der bisherigen Verzögerung der Tarifverhandlungen gegeben, sind plötzlich verschwunden. Für

die Zollwucherparteien bleibt es jetzt nur noch eine Parole: den Zolltarif um jeden Preis! Und da die für die Verhandlungen noch zur Verfügung stehende Zeit infolge der zeitraubenden Schachereien und Streitereien der Zollner beinahe verstrichen ist, müssen die Verathungen des Zolltarifs gewaltsam abgeklüzt werden. Dazu drängte nicht nur die Zeit und der Umstand, daß die Opposition in der Folge, mehr als den Junkern es lieb war, auch weiter zu einer ausreichenden und gründlichen Aufdeckung der Schäden dieser ganzen Raubpolitik kommen werde, sondern auch die Furcht vor dem Hervortreten neuer Gegenätze innerhalb der Zollwucherparteien bei einer weiteren gründlichen Verathung des Tarifs. War doch gelegentlich von dieser Seite selbst anerkannt worden, daß unter den Zollparteien der Tarif wie Sprengpulver wirke.

Man höre dann: Die Mehrheitsparteien, also die Konservativen, Ultramontanen und Nationalliberalen, haben einen Antrag eingebracht, durch den sie eine en bloc-Akzeptanz des ganzen Zolltarifs erzwingen wollen. Also, die ganzen 946 Positionen des Zolltarifs, deren jede einzelne von tiefenschneidender Bedeutung für unsere gesammte Volkswirtschaft ist, zu deren Vorberathung die deutsche Regierung sich Jahre lang, der Wirtschaftliche Ausschuss — der nur aus Unternehmern zusammengesetzt war — allein schon vier Jahre Zeit gebraucht hat, sollen von dem Deutschen Reichstage, der verantwortlichsten Gesetzgebungsrörperchaft, ohne jede, jedenfalls aber ohne ausreichende Verathung mit einer einzigen Abstimmung erledigt werden. Ein Vorgang, der in der Geschichte der parlamentarischen Kämpfe wohl einzig dasteht. Jedenfalls bedeutet das Vorgehen der Mehrheitsparteien eine der schlimmsten Rechtsbeugungen, die jemals von einer parlamentarischen Mehrheit erfolgt sind. Nur die Eier nach den fetten Zollfrüchten konnte bei den gegnerischen Parteien eine so schamlose Rechtsverletzung ermöglicht werden. Und das ist ja das Bezeichnende an unseren Verhältnissen, daß gerade jene in den Mehrheitsparteien organisirten Leute über Recht und Gesetz zu entscheiden haben, die aus allen diesen Gesetzgebungsaktionen den meisten, den dringendsten Vortheil ziehen.

Ueber das ungesetzliche ihres Vorgehens sind sich die Mehrheitsparteien denn auch keineswegs im Zweifel, das beweist allein schon ihre ganze Haltung in dieser Frage, das beweisen die gar zu gedrehten Erklärungen ihrer Führer im Reichstage. Wie selbstverständlich es auch auf ihrer Seite angesehen wurde, daß eine gründliche Verathung stattfinden müsse im Plenum, das geht aus ihren mehrmaligen dahingehenden Erklärungen in der Kommission und aus der Thatsache hervor, daß über die Kommissionsberathungen der 946 Tarifpositionen allein 28 Referenten für die Plenarberathungen des Reichstages bestimmt worden sind. Doch was ist Treu und Glauben bei den Zollwütherrichen, was ist bei ihnen Recht und Gesetz gegen das Interesse an fetten Zollprofiten?

Bis in die rechtsstehenden Parteien hinein empfanden man denn auch das Vorgehen der Mehrheit des Reichstages als einen verhängnisvollen Angriff auf die staatsbürgerlichen Rechte des Volkes. Es war ein Kammergerichtsrath, also ein Mitglied des höchsten preussischen Gerichtshofes, der in Bezug auf diesen Antrag an die nationalliberale „National-Zeitung“ schrieb:

„Der ... Mehrheitsantrag“ im Reichstage ist eine Vergewaltigung schlimmster Art, seine Unberechenbarkeit, wenn nicht mit dem Buchstaben, so doch mit dem Geiste der Geschäftsordnung ist so absolut handgreiflich, daß es schwer hält, solchen, welche

das bestreiten, noch guten Glauben zu unterstellen, und das Bewußtsein, einer mit keinerlei Phrasen zu beschönigenden materiellen Rechtswidrigkeit wehrlos zu unterliegen, muß in den Gemüthern der Minorität, nicht nur des Reichstages, sondern der gesammten Bevölkerung eine solche Menge von Entrüstung, ja von Haß aufspeichern, daß damit geradezu dem parlamentarischen System das Urtheil gesprochen wäre."

In der That hat die Linke im Reichstage diesen Schlag bisher kräftig zu pariren gewußt.

Größere Kämpfe wird aber die Zukunft bringen, denn es handelt sich bei diesem Vorgehen nur um einen vorbereitenden Schlag. Denn jene dem Volke so verhängnisvolle Interessentlique, die jetzt mit Hilfe eines unerhörten Rechtsbruches die fetten Zollprostitute einzuheimsen versucht, ist auch die eigentliche Macherin der Sucht aus der Lage und auch das Wahlrecht ist ihr wie jedes freiheitliche Recht ein Dorn im Auge. Je eher je lieber möchte sie jede freiheitliche Regelung im Volke unterdrücken, weil ihr nur auf diesem Wege eine möglichst gründliche Ausbeutung des Volkes möglich ist. Und daß sie zu Allem fähig ist, beweist ihre jetzige Haltung im Kampfe um die Zollbeute.

Wir aber werden auf dem äußersten Flügel zu finden sein in diesem Kampfe gegen das schamlose Brotwucherthum, in dem Kampfe, von dem wir gleich sagten, daß es sich bei ihm nicht nur um unser Brot, sondern auch um unsere Freiheit handele.

Die Lehren des Streiks in Stolp.

thl. Aus seinen Fehlern soll man lernen, so sagt ein alter Spruch, der auch in der Arbeiterbewegung volle Geltung hat. Auf die gemachten Erfahrungen, günstige wie ungünstige, stützt sich unsere Taktik in der Lohnbewegung, und das Streitrenglement stellt in Wirklichkeit die Quintessenz, den Extract aus den gesammelten Erfahrungen dar. In der That ist nichts mehr geeignet, zu belehren, als erlarnnte eigene Fehler. Aber erkennen und begreifen muß die Fehler Derjenige, welcher sie begangen hat, selbst wenn er sich erst von anderer Seite auf sie aufmerksam machen lassen mußte. Und in solchem Falle gilt allgemein weniger der gemachte Fehler als eine Schande, als vielmehr der eventuelle Eigensinn und Dünkel, welcher sich bewußt oder unbewußt gegen eine bessere Ueberzeugung verschließt.

In der Lohnbewegung werden heutzutage zwar nicht mehr die großen Fehler begangen, als vor zehn oder zwanzig Jahren. Die Zeit der „wilden“ Streiks ist dank der gewerkschaftlichen Schulung der Arbeiterschaft in der Hauptsache überstanden. Jedoch noch immer laufen Fehler über Fehler unter, und wenn dieselben auch nicht in jedem Einzelfall zum Gegenstand einer öffentlichen Diskussion gemacht werden können, so scheint uns dies bezüglich des nunmehr beendigten Streiks in Stolp doch geradezu eine Nothwendigkeit zu sein, weil dieser unglückliche Streik in seinem ganzen Verlauf so recht deutlich gezeigt hat, wie eine Lohnbewegung — nicht geführt werden darf.

In Stolp in Pommern sind ungefähr 840 Kollegen beschäftigt, wovon mehr als die Hälfte auf zwei Großbetriebe entfallen. Gefertigt werden in der Hauptsache Magazinmöbel für den Versand. Es wird in Allford gearbeitet, und war im Jahre 1898 durch Vereinbarung vor dem Gewerbeamt ein Allfordtarif eingeführt worden. Auf die Höhe der Allfordpreise läßt der erzielte durchschnittliche Wochenverdienst schließen, welcher auf \mathcal{A} 14,50 berechnet ist. Die große Mehrzahl der beschäftigten Arbeiter ist jugendlichen Alters und unbeschäftigt, sowie von Stolp und Umgebung gebürtig. Fremde Kollegen treten nur selten hier in Arbeit, und wer abreist, kommt ebenso selten hierher zurück. Für den nöthigen Nachwuchs sorgen die Unternehmer selbst, betrug doch die Zahl der sogenannten Lehrlinge bei Ausbruch des Streiks in einer Fabrik 24, in einer zweiten 28 und in einer dritten sogar 35.

Mit der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter sah es ziemlich trübe aus. Zwar ist Stolp eine alte Domäne des Hirsch-Dunder'schen Gewerbevereins der Tischler, dem auch die Mehrzahl der verheiratheten Kollegen angehört. Aber die in Fortschreitendem flüchtigen Verhältnisse, auf welche der Ortsverein trotz seines langjährigen Bestehens so gut wie gar keinen Einfluß ausgeübt hat, charakterisiren ziemlich deutlich den Werth dieser Aufgewerkschaft. Die Schwierigkeit der Agitation unter den Kollegen vom Orte mag zugegeben sein, aber es hat überhaupt an ernstlichen Versuchen gefehlt, bis es endlich der Zahlstelle unseres Verbandes gelang, eine nennenswerthe Zahl auch der jungen ledigen Kollegen zu organisiren. Für uns aber waren die Schwierigkeiten um so größer, als unserer Zahlstelle die heutigen Tage sein Versammlungslokal zur Verfügung steht, während der Gewerbeverein von den Lokalinhäusern noch immer aufgenommen wurde. Trotzdem aber zeigte derselbe, wie gesagt, fast gar kein Leben, so daß die leitenden Personen von unseren Mitgliedern wiederholt aufgefordert wurden, doch einmal in dem ihnen zur Verfügung stehenden Saal eine allgemeine Holzarbeiterversammlung einzuberufen. Denn es hatten im letzten Jahre wiederholt

Lohnabzüge von dem Ober Tarif stattgefunden, so daß eine Aussprache sehr am Platze war.

Die längst gewünschte Versammlung fand denn auch endlich am 20. Juli unter zahlreicher Theilnahme statt. Einkerufen vom Gewerbeverein, stellte derselbe auch den Referenten, welcher zur Ueberrückung unserer antworfenden Mitglieder über die Nothwendigkeit einer Lohnbewegung referirte und damit die Stimmung in der Versammlung von vornherein in die Richtung leitete, welche zu den nachfolgenden Beschlüssen führen mußte.

Das war der erste Fehler. Die Versammlung hätte dazu benutzt werden sollen, die Kollegen aufzurütteln aus der Lethargie, sie auf die Gefahr weiterer Lohnabzüge aufmerksam zu machen und sie demgegenüber an ihre Pflicht zur Organisation zu erinnern. Das wäre um so mehr angebracht gewesen, als die Nichtorganisirten in der Versammlung einen erheblichen Prozentsatz ausmachten. Heute behauptet zwar der Ortsvorstand des Gewerbevereins ebenso wie die Verwaltung unserer Zahlstelle, daß man die Inszenirung einer Lohnbewegung nicht beabsichtigt und einen solchen Beschluß seitens der Versammlung nicht vorausgesehen habe. Das mag richtig sein. Aber es spricht die leitenden Kollegen durchaus nicht frei von Schuld. Man hätte wissen und auch die Anwesenden darauf verweisen müssen, daß diese Versammlung durchaus nicht geeignet und auch nicht legitimirt war, eine solche Entscheidung zu treffen. So aber trifft die leitenden Kollegen der Vorwurf, daß sie zugelassen haben, daß die zu einem großen Theil von Nichtmitgliedern besuchte Versammlung thatsächlich den Eintritt in eine Lohnbewegung beschloß, ohne daß auch nur die geringsten Vorbereitungen getroffen waren.

Anscheinend war es den Mitgliedern des Gewerbevereins darum zu thun, nach der langen Zeit der Thatenlosigkeit nunmehr zu zeigen, wie viel auch sie Muth und Thatenlust im Leibe haben. In den Werkstätten wurden unsere Mitglieder, die zur ruhigen Ueberlegung mahnten, gehänselt, daß sie wohl „keinen Muth“ hätten. Darauf revidirten unsere Mitglieder theilweise sich mit dem gleichen Vorwurf gegen die Gewerbevereiner. Und indem man so sich gegenseitig Muthlosigkeit und Furcht vorwarf, stachelten die Geißler sich gegenseitig auf und Jeder wollte nun der Kühnste sein. Wir stehen durchaus nicht an, diesen Vorwurf auch unseren eigenen Leuten zu machen, aber wir sind demnach nicht im Zweifel, daß der größere Theil der Schuld beim Gewerbeverein liegt, welcher vermöge seiner größeren Mitgliederzahl in den gemeinschaftlichen Versammlungen die Majorität bildete und also die Entscheidungen herbeiführt hat, denen unsere Mitglieder sich anschließen mußten, wenn sie sich nicht als „Streikbrecher“ bezeichnen lassen wollten.

Die erwähnte Versammlung am 20. Juli hatte in Aussicht genommen, bis Ende August oder Anfang September geeignete Forderungen an die Arbeitgeber zu stellen. Aber auch jetzt ließ man sich keine Zeit zur Ueberlegung. Wie im Tauemel stürmte man vorwärts. Bereits am 27. Juli fand eine zweite Versammlung im Lokale des Gewerbevereins statt, in welcher in Gegenwart und unter Zustimmung des Schachmeisters Gahner-Werlin vom Gewerbeverein die Forderungen aufgestellt und zugleich beschlossen wurde, dieselben schon am 31. Juli einzureichen, was auch geschah.

Die Forderungen selbst aber stellen den zweiten Fehler dar. Es ist unbestritten, daß mit Ausnahme der größten Firma, Eduard Weder, der Ober Tarif im Allgemeinen von den Fabrikanten hochgehalten worden war. Einzelne Abzüge waren zwar hier und dort auch vorgekommen, aber bei Weitem nicht in dem Umfange wie bei dieser einen Firma, deren Allfordlöhne demzufolge erheblich niedriger waren als der Tarif nicht nur, sondern auch als in allen übrigen Betrieben. Dieser Thatsache gegenüber hätte man bei den Kollegen doch wohl so viel Verständnis und taktische Klugheit erwarten dürfen, daß sie entweder sich mit ihren Forderungen zunächst auf die eine Fabrik überhaupt beschränkt, oder aber für die übrigen Fabriken die Forderungen so formulirt hätten, daß die Eintheillichkeit der Allfordlöhne wieder hergestellt worden wäre. Letzteres beabsichtigte man auch, und zu diesem Zweck forderte man von allen Fabrikanten — zwanzig Prozent Aufschlag auf den Ober Allfordtarif! Was dies bedeutete, mag ein Beispiel zeigen. Für Vertilos betrug der tarifmäßige Preis \mathcal{A} 16, welcher Preis auch allgemein bezahlt wurde, nur nicht bei Ed. Weder. Dieser zahlte nunmehr \mathcal{A} 14,50, die neue Forderung aber lautete auf \mathcal{A} 19 und betrug somit für diese Firma mehr als 30 pSt. Daß eine derartige Forderung rundweg abgelehnt werden würde, war vorauszu sehen, und so erfolgte die Arbeitseinstellung.

Es war in der zweiten Woche des Streiks, da beging man den dritten Fehler. Neben der Lohnerhöhung und einigen anderen Forderungen hatte man auch eine Verkürzung der Arbeitszeit, und zwar von 60 auf 58 Stunden pro Woche, aufgestellt. Diese Forderung ließ man schon in der zweiten Woche fallen und gab damit nach außen den besten Beweis, wie wenig überlegt das ganze Vorgehen war. Zum Glück aber kam den Streikenden

auch in derselben Woche noch die Erkenntniß, daß es hauptsächlich die Lohnforderung war, welche einer Korrektur bedurfte und so erniedrigte man dieselbe auf 10 pSt. Aber auch damit nicht genug, man gestattete bereits in der zweiten Woche den Kollegen einer Fabrik, die Arbeit wieder aufzunehmen, nachdem dieser Fabrikant sich bereit erklärt hatte, die stattgefundenen Abzüge auf den Ober Tarif wieder zuzulegen, sowie einige Verbesserungen seiner maschinellen Einrichtungen eintreten zu lassen. Hier war also von einem Aufschlag auf den Ober Tarif schon überhaupt keine Rede mehr, und man kann hieraus ersehen, welche Wirkung es auf die von dem Streik betroffenen Unternehmer noch ausübte, als trotzdem in der dritten Woche in einer Sitzung der Streikleitung beschlossen wurde, an dem zehnprozentigen Aufschlag unbedingt festzuhalten. In der vierten Woche wurde aber schon wieder eine Ausnahme von diesem Beschluß zugelassen, indem bei der zweitgrößten Firma der Streik aufgehoben wurde, nachdem der Fabrikant „annähernd 10 pSt.“ Lohnerrhöhung zugewilligt hatte. In dieser Fabrik hatten zahlreiche Streikbrecher angefangen, so daß die Streitenden allerdings ein lebhaftes Interesse hatten, das Zustandniß des Fabrikanten anzunehmen. Auch die betheiligten kleinen Werkstätten wurden in den nächsten Wochen von Streikbrechern besetzt, so daß schließlich nur noch drei Betriebe in Frage kamen. In der neunten Woche endlich gestanden die leitenden Kollegen in Anwesenheit unseres Kollegen Leipart-Stuttgart sich gegenseitig ein, daß es nicht möglich sein werde, die Forderungen länger aufrecht zu erhalten, und daß man besser thue, selbst nur minimale Zugeständnisse zu akzeptiren, um zu einem Ende zu kommen. Eine der beiden kleineren Firmen hatte gleich zu Beginn des Streiks eine geringe Zulage geboten, ohne aber damals einer Antwort würdig zu werden. Nun aber einigte man sich auf dieses Angebot und nahm die Arbeit wieder auf, ebenso in dem zweiten Betriebe, in welchem lediglich eine Vermehrung des Werkzeuges in Aussicht gestellt wurde.

So standen demnach nur noch die Arbeiter von Ed. Weder im Streik, jene Firma, welche vor dem Streik die niedrigsten Löhne gezahlt und bis dahin hartnäckig jedes Zugeständniß verweigert hatte. Mit ihren 35 Lehrlingen, 5 Werkführern und annähernd 30 Arbeitswilligen, welche sich nach und nach angefunden hatten, konnte diese Fabrik ihren Betrieb ohne allzu große Schwierigkeiten fortsetzen, so daß die Hoffnungen für die Streitenden immer geringer wurden. Jeder Einsichtige mußte nun die Ausichtslosigkeit des Streiks erkennen. Er wäre seitens unseres Verbandes auch beendet worden, wenn nicht die Rücksicht auf den Gewerbeverein, der auch in dieser Fabrik die Majorität hatte, dies unmöglich gemacht hätte. So wurde der Streik bis zur zwölften Woche weiter geführt. In dieser Woche war wieder der Schachmeister des Gewerbevereins in Stolp, welcher nunmehr die Aufhebung des Streiks seinerseits beantragte. Aber die Streitenden sträubten sich, sie wollten nicht glauben, daß gerade sie, denen eine Aufbesserung der Löhne am dringendsten noth gethan hätte, jetzt als gänzlich Unterlegene den Kampf aufgeben sollten und lehnten den Antrag fast einstimmig ab.

Hierauf stellte der Gewerbeverein einfach sofort die Unterstützung ein. Trotz telegraphischer Deklamation des Ortsvorstandes kam in der dreizehnten Woche kein Geld mehr von Berlin. Daß es darauf in der Versammlung der Gewerbevereiner recht stürmisch herging, ist begreiflich. Jetzt blieb nichts Anderes übrig, als die Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen, das Schicksal des Streiks war besiegelt.

So viele Streiks im Laufe der Jahre auch schon vorgefallen sind, einen solchen unruhlichen Verlauf wie dieser hat kaum ein anderer schon aufzuweisen gehabt. In der That, wenn der Gewerbeverein nicht besser vertriebt, eine Lohnbewegung und einen Streik einzuleiten und zu führen, dann wäre ihm dringend zu rathen, die Hand davon zu lassen und seinem alten Parsonie standpunkt auch weiterhin getreu zu bleiben. Die zahlreichen Opfer des Streiks, welche theilweise noch heute arbeitslos auf der Straße liegen, werden diese Ansicht sicherlich theilen.

Aber daß der Gewerbeverein in Stolp seine Unfähigkeit, einen Lohnkampf mit Geschick und Erfolg zu führen, erwiesen hat, ist nicht die einzige Lehre, welche die hiesigen Kollegen aus dem Verlauf des Streiks zu ziehen haben. Es wäre Unrecht, alle Schuld auf die Leitung zu schieben, wo die Kollegen in der Gesamtheit selbst so grobe Fehler begangen haben. Es ist auf das Entschiedenste zu tadeln, daß die Kollegen sich fast ein Jahr lang alle Lohnabzüge ruhig haben gefallen lassen, anstatt sich rechtzeitig zu wehren und zur einzig wirkungsvollen Abwehr sich zu vereinigen in der Organisation. Aber um diese kümmerte man sich wenig oder garnicht, wie überhaupt die große Mehrzahl der Stolper Kollegen bis heute nur bewiesen hat, daß ihnen die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation noch ziemlich fremd ist. Nur auf diese Unausgeklärtheit ist auch die Existenz zweier Vereinigungen zurückzuführen, welche Zweitheilung vor

allem Anderen an dem verlorenen Kampfe schuld ist. Wäre in Stolp eine einheitliche, starke Organisation mit wirklich geschulten Mitgliedern und einer energischen, pflichtbewußten Leitung vorhanden gewesen, die Kollegen befänden sich heute nicht in dieser bedauernswürthen Lage und die deutsche Arbeiterbewegung würde eine verlorene Schlacht weniger zählen.

Wöge dieser Streik ein Mene Teitel für die Kollegen in Stolp sein, eine Lehre und Warnung zugleich. Mögen sie aus den jetzigen trüben Erfahrungen lernen, in der Zukunft ihre Interessen besser wahrzunehmen. Der Weg ist ihnen nun gezeigt.

Die Verhältnisse der Tischler in Wien.

Unser Fachorgan hat schon des Ofteren Gelegenheit genommen, Artikel zu veröffentlichen, aus denen die spezifischen Eigenarten unseres Berufes in Oesterreich zu ersehen waren. In der That, wer einmal Gelegenheit nimmt, sich das mit Natur Schönheiten so reich ausgestattete Böhmen Ober- und Niederösterreich zc. anzusehen, wird zunächst es kaum für möglich halten, daß besonders die Arbeiter verurtheilt sind, in der jammervollsten Lage ihr Leben zu frist... Und doch leider ist es so! — Die Instrumentenmacher im Erzgebirge, und vor Allem die Holzschachtelmacher dort und im Böhmerwalde sind verurtheilt, um ihres Lebens Nothdurft anfänglich mühevoll zu ringen. Die Sonne, die so schön über ihren Bergen strahlt, scheint nicht für sie ein schinden und plagen im harten Frohdienst und als — Lohn: ein Dahinvegetiren unter erbärmlichen Verhältnissen! Eine Arbeitszeit kennen die Leute überhaupt nicht! So lange als es irgend geht, ist Alles thätig. Mann, Frau und Kind kennen nur ein immerwährendes Arbeiten, nur unterbrochen durch die kurzen Pausen, um ihr minimales Essen einzunehmen und ein paar Stunden zu schlafen. Selbst dort, wo in abgegrenzten Betrieben gearbeitet wird, beträgt die Arbeitszeit mehr als 16 Stunden pro Tag! Und Löhne! Es wird dort ein Tageslohn von Kr. 1, 1½, höchstens Kr. 2 pro Tag erzielt. Geradezu seltene Ausnahmen sind es, wenn Jemand 'mal das Glück hat, Kr. 15 bis 16 die Woche zu verdienen. In Betracht derartiger Zustände ist es denn auch kein Wunder, wenn in der Hauptstadt des Reiches Arbeits- und Lohnverhältnisse vorherrschend sind, die wahrlich nicht k. k. genannt werden können. Die Flucht aus Böhmen muß nothwendigerweise sich auch in Wien durch starken Zugung geltend machen.

Wedenkt man ferner, daß außer den Tschechen auch die ungarischen Grenzbewohner ihre Zuflucht zunächst nach Wien nehmen, so mag man erst erfassen, wie ungeheure eigenartige Verhältnisse in der „Kaiserstadt“ sich gebildet haben. Die erdrückende Mehrzahl der Einwandernden aus obengenannten Landesheilen sind fast jeder Kulturauffassung bar. Geboren unter erbärmlichen Verhältnissen, erzogen und herangewachsen in der erstickenden Atmosphäre der ununterbrochen körperlichen Thätigkeit jeder geistigen Anregung und Auszubildung beraubt, verdummt durch eine raffinierte Methode des katholischen Merks, unterwiejen in der engherzigen nationalen Staatsauffassung und damit geeignet ein willfähriges Objekt zu bilden in wirtschaftlicher politischer und religiöser Beziehung. Bedürfnislos und stupid zugleich, erscheint er als unliebbarer Konkurrent auf dem Arbeitsmarkt. Die Folge davon ist ein Existenzkampf schlimmster Art. Die Meister und Unternehmer benutzen die Tschechen zumeist, um den Widerstand der intelligenteren Arbeiter in der Werkstatt zu brechen. Die sprachlichen Schwierigkeiten treten zumeist hindernd ein und machen vielfach eine Aufklärung unmöglich. Erklärlich ist es doch wahrlich, wenn dann zunächst Haß und Streik mit der endgültigen Folge des Ausschlusses jeglicher Solidarität eintritt. In Werkstätten — und es sind deren nicht wenige — wo derartige Zustände herrschen, ist es dann nahezu ausgeschlossen, daß eine Aufbesserung der Löhne zc. erzielt wird. Ja, die Dinge haben sich so zugespitzt, daß, namentlich in den kleinen, Werkstätten und in den sogenannten Klammern, geradezu betäubende Verhältnisse eingetreten sind, die den Dampf der organisierten Kollegenschaft ungeheuer erschweren, manchmal unmöglich machen.

Zu diesem Druß der babylonischen Verwirrungen mit all seinen leinlichen Kämpfen tritt ein weiterer, nämlich der der Gesetzgebung, der jedes einheitliche organisatorische Wirken ausschließt. Während wir in Deutschland ja selbstverständlich noch um unser Koalitionsrecht in wahrer Gestalt zu kämpfen haben, ist in Oesterreich die Koalition der Arbeiter noch bedeutender durch die Gesetzgebung erschwert. Unter diesen Umständen ist es doppelt erschwerend, wenn man die Wirksamkeit unserer organisierten Berufskollegen verfolgt und dabei bemerkt, wie dieselben trotz Alledem noch garnicht so unbedeutende Erfolge erzielen. Erst in neuerer Zeit sind unsere Kollegen in gewisser Beziehung zur zentralistischen Organisation übergegangen. In dessen ist die Sache noch nicht so abgeschlossen wie bei uns. Im Zentralverband sind gut 6000 Mitglieder eingeschrieben. Hinzu kommen noch einige kleinere Lokal- bezw. Landesorganisationen.

In Wien selbst sind nun etwa 1700 Kollegen Mitglieder des Zentralverbandes. Da nun aber das Gesetz es ausschließt, daß aus Verbandsmitteln Streikunterstützungen zc. gezahlt werden, so mußten unsere Kollegen zu diesem Zwecke sich eines anderen Mittels bedienen, und das ist „Die freie Organisation der Tischler Wiens“ und als Kasse der „Dispositionsfonds“. Wenn man eine halbwegs regelmäßige Beitragsleistung der sich die Streikunterstützung sichernden Kollegen annimmt, so haben etwa 2500 Kollegen im Jahre 1901 dieser Vereinigung angehört. In der Hauptsache sind es die dem Zentralverband Angehörigen, die auch hier ihrer Pflicht genügen. Einige Hundert zahlen vielleicht auch regelmäßig, während die übrigen Einnahmen der Vereinigung sich auf gelegentliche Zahlung der 20 Heller einzelner der vielen Tausenden von Kollegen beschränkt. Im Jahre 1901 wurden für diese Fonds Kr. 21 549 eingenommen.

Vergleicht man demgegenüber die Zahl der in Wien in Werkstatt und Fabrik beschäftigten Tischler etwa 1500, so vermag man zu ermessen, welcher Miesenarbeit es noch bedarf, um die Organisation zur vollen Eufaltung zu bringen. Da wäre es erklärlich, wenn beschränkter Kleinmuth ver-

zugend dieser Anstrengung gegenüberstände. In dessen hält das unsere organisierten Kollegen nicht ab; im Gegenteil, man sucht Alles auszunutzen, um die Bewegung vorwärts zu bringen. Da kommt nun die Gesetzgebung unseren Kollegen in anderer Weise wieder zu Hülfe. Es ist dies das Genossenschaftsgesetz, ein ähnliches Ding, wie bei uns das Handwerkergesetz, nur daß in Oesterreich der ganze Aufbau des Gesetzes so viele Vortheile für die Gesellen bietet, die wir bei uns nur vom Hörensagen kennen. Vor Allem ist es die Gesellenvertretung (der Gehülfsenaussschuß) welcher eine nicht zu unterschätzende Bedeutung in der Bewegung zukommt. Der Gehülfsenaussschuß bezw. die Gesellenversammlung hat Befugnisse, die von eminentem Werth für die Fragen des Arbeitsvertrages sind. Nicht nur, daß gewisse Agitationskosten für Versammlungen zc. von der Genossenschaft gezahlt werden müssen (die entscheidende Instanz hat zu Gunsten der Gesellen diesen Spruch vor einigen Monaten gethan), nein, der Ausschuß hat sogar eine, wenn auch bedingte, exekutive Gewalt. Vor Allem aber vertritt der Ausschuß etwa 13 000 Gesellen und kann mit den diesbezüglichen Bestimmungen etwas Bedeutendes für die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Berufsgenossen thun. Im Jahre 1900 begann er die Einleitung der Bewegung für den Neun-Stunden-Tag, der immerhin zirka 5—6000 Kollegen schon heute zu Gute kommen dürfte. Und ohne Zweifel wäre selbiger schon generell eingeführt, wenn nicht oben geschilderte Verhältnisse so störend wirkten. Aber auch die allgemeine traurige Lage der Tischlerei selbst hat hindernd und lähmend der Bewegung Einhalt geboten. Das konstatierte auch der Gehülfsenvertreter, Kollege L. Widholz, in seinem Jahresbericht, den derselbe Ende Mai d. J. im Saale des Rathhauses zu Wien für 1901 erstattete. Man bedenke: im Rathhause findet eine Versammlung der zur Genossenschaft gehörigen Gehülfsen statt! Es war eine stattliche Zahl, die sich eingefunden hatte. Der weite, große Raum besteht von Arbeitern! Auf der Tribüne der Gehülfsenaussschuß, ein Regierungvertreter und zum ersten Male auch ein Vertreter der Meisterschaft. Es war ein seltener Genuß, der dem Beobachter geboten wurde. Die scharfe Sprache die heizende Ironie und die unumstößliche Argumentation, welche der Berichterstatter anwandte, trugen zur vollen Aufmerksamkeit Aller bei. Hier zeigte sich der große Unterschied in der Gesetzgebung bezüglich der Gesellen-ausschüsse usw. Aus dem Bericht selbst ging die gewaltige Thätigkeit hervor, die der Gehülfsenaussschuß geleistet hatte, um vor Allem die Regelung der Arbeitszeit und der Lehrlingsverhältnisse herbeizuführen. Allein die Konstatierung, daß im Jahre 1901 305 Banterotts in der Tischlerei zu verzeichnen sind, läßt schon ein Urtheil zu auf die Gestaltung des Arbeitsmarktes. Ferner aber der überaus schädliche Einfluß der Lehrlingszüchterei. Und da bot die Statistik ein entsetzliches, ein grauenvolles Bild. Während die Zahl der Meister im letzten Jahrzehnt um etwa 20 pzt. gewachsen, wuchs die Zahl der Gesellen nur um 2 pzt., die der Lehrlinge aber um mehr als 70 pzt.! Aus diesen Zahlen ist die große Existenzunsicherheit der Gehülfsen am besten zu ermessen. Dann aber diese Lehrlingszüchterei. Tausende und einige Hunderte von Meistern beschäftigen nur sehr selten einen Gesellen, dafür aber oftmals 5, 6, 8, ja 10 Lehrlinge! Die Lehrlinge werden zumeist aus Böhmen und Mähren aufgezogen. Mit Lumpen bebedt, müssen sie umherlaufen; statt Essen bekommen sie Krügel und sonstige rohe Behandlung zu kosten. In ihrer Noth laufen nun die Jungen zum Gehülfsenaussschuß. Was nachten aber die Meister? Als die Klagen vor dem k. k. Gewerbegerichte für Lehrlingswesen zunahmen, erhöhten sie die Gebühren für Aufnahme und Abgang, um es so zu verhindern, daß die Jungen anderweitig schnell untergebracht werden konnten. Die armen Teufel wären deshalb auf Gnade und Ungnade dem Krauter überantwortet, wenn nicht der Gehülfsenaussschuß sich ihrer angenommen hätte.

All' das Geschilderte hält unsere Bewegung wesentlich auf. Hinzu kommt, daß, wie wir unsere Naharbeit haben, die Wiener ihren Zedlida. Dieser Herr ist Vorsteher der Genossenschaft und oietet Alles auf, um die Gesellen anzuschwärzen. Angesichts der Thatsache, daß von etwa 3300 Meistern 745 nur für Händler, weitere 800 fast ausschließlich für Händler arbeiten, und zwar nur mit Lehrlingen, höchstens zur Aushilfe 'mal einen Gehülfsen gelegentlich beschäftigen, hat der Zedlida den traurigen Muth, von einem gefunden Handwerk zu sprechen. Die Statistik womit der Gehülfsenvertreter diesem Herrn um die Ohren schlug, brachte die bemerkenswerthen Thatsachen ans Licht, daß die Meister noch Nebenberufe haben, wie Tabak-Trafik, Handel mit Milch, Grüntraum, Manufakturartikeln, Pferdefleisch, auch Bordelle besitzen und — Hausmeister sind.

Damit bin ich denn an einem Punkte angelangt, der nicht nur den Stand der Tischlerei in einem eigenthümlichen sozialen Lichte erscheinen läßt, sondern ein Gemisch für die erzieherische Thätigkeit unserer Bewegung überhaupt ist. So ein Hausmeister hat für die Einrichtung des Gebäudes zc. aufzukommen, hat seine freie Wohnung oder erhält eine minimale Entschädigung. Nun giebt es aber viel Arbeit in diesen Miethskasernen. Zum Zweck der Bezahlung hierfür dient nun der „Sperrecksjerl“. Wer Abends nach 10 Uhr nach Hause kommt, hat für das Thüröffnen 20 Heller zu zahlen. Nun bedenke man, wie sehr diese Einrichtung wirkt: Die weiten Wege zwingen meist zur Benutzung der Straßenbahn, wenn man an einer Versammlung teilnehmen will. Hin und retour sind das meist 40 Heller; bleibt man bis nach 10 Uhr fort, zahlt man noch den „Sperrecksjerl“, macht zusammen 60 Heller für die Theilnahme an einer Versammlung. Daher erlebt man es denn auch, daß, wenn nicht gerade große Bewegungen die Massen aufrütteln, die Versammlungen sich um 9½ Uhr entleeren. Ich nahm an mehreren Versammlungen in den verschiedensten Bezirken Theil. Vor 9 Uhr geht es meistens nicht los; eher sind die Kollegen eben nicht da. Dann bekommt der Redner das Wort, und kaum ist er bis zur Hälfte seines Vortrages gekommen, dann ist auch nahezu die Hälfte der Teilnehmer schon wieder verschwunden, um die 20 Heller Sperrecksjerl zu sparen. Die in der Nähe Wohnenden halten noch etwas länger aus. Doch wird zumeist der interessanteste Vortrag vor einer kleinen Zahl Zuhörer beendet. Dann kommt Internes. Man kann nicht weiter verhandeln. Die nächste Versammlung muß dann nahezu von vorn wieder anfangen! Dieser „Sperrecksjerl“ ist ein sehr böses Kreuz für die Arbeiter. Mancher alte, im Dienste der Bewegung ergrauete Kollege mußte ein Liebchen von dem deprimirenden Einfluß

dieses Systems zu singen. Hiergegen wird sich ein Massenbewegung einst richten müssen. Das ist einfach unausbleiblich.

Wir in Deutschland seufzen zumeist über die Schwierigkeit, eine gesunde Bewegung zu schaffen, bliden wir aber hin nach Wien (und in anderen Orten sind die Zustände nicht viel besser, nur anders), so müssen wir eingestehen, daß wir doch Vieles besser haben.

Die Kollegen in Wien nützen also das Genossenschaftsgesetz für sich aus. Sie arbeiten an der Erstarlung ihrer Organisation durch das Bezirksystem und machen der gesetzlichen Bestimmung bezüglich des Unterstützungswesens eine Nase, indem sie sich den Dispositionsfonds schufen. Unsere Kollegen müssen daher eine vielseitige Thätigkeit entfalten, um vorwärts zu kommen. Es ist ein mühsamer Weg, den sie zu gehen haben. Aber auch die Opferwilligkeit muß groß sein. Zur Zeit zahlen die „kompletten“ Mitglieder 24 Heller zum Verband und 20 Heller zum Dispositionsfonds pro Woche, also 44 Heller (39 S.). Also mehr als wir. Der Verdienst ist aber nicht höher, im Gegenteil zumeist niedriger. Der Wiener Tischler erhält in den besseren Wuden im Durchschnitt Kr. 4 pro Tag, der Möbelmacher Kr. 3 bis Kr. 3,60. Tausende und Abertausende müssen sich aber auch mit Kr. 2½ bis Kr. 3 höchstens abspesen lassen und dazu noch nach zehn Stunden und länger arbeiten. Nur in den besseren Werkstätten, wo unsere Kollegen dominieren, sind etwas angenehmere Verhältnisse vorhanden. Sie haben aber genug zu thun, um in dem allgemeinen Marasmus ihre Position aufrecht zu erhalten. Namentlich in den größeren Betrieben herrscht noch das Parteisystem. Die Arbeit wird dem Parteiführer übergeben. Derselbe arbeitet dann mit seinen einen oder zwei Kompagnisten darauf los und zahlt dann seine Helfer nach dem Akkordsatz aus, für sich natürlich noch einen Extraverdienst einstreichend. Dieses System der Ausbeutung des Arbeiters durch den Arbeiter birgt so viele Schäden, daß demselben ernstlich zu Leibe gerückt werden muß.

Die Veröffentlichung dieser Zeilen soll darthun, daß wir in Deutschland uns auch um unsere ringenden Kollegen im Auslande bekümmern, aus ihren Verhältnissen die richtigen Schlüsse bei irgend welchen Kämpfen ziehen und unsere reisenden Kollegen vor Täuschungen bewahren müssen. Leider ist es wahr, daß die korrupten Verhältnisse den Arbeiter manchmal vergessen lassen, unter welch traurigen Verhältnissen er eigentlich lebt und er dann in das Loblied auf seine Stadt oder sein Land einstimmt, ohne die Schattenseiten des Existenzkampfes hervorzulehren!

Unsere organisierten Kollegen in Wien aber wünschen wir, sich trotz der schwierigen und tristen Verhältnisse einen frohen Wagemuth zu erhalten, um dadurch ein sicheres Fortschreiten zu ermöglichen aus all dem Wirrsal zu einer lichteren Zukunft!

G. Schedt, Vizeleb.

Aus dem 10. Gau.

Im Auftrage des Gau- und Verbandsvorstandes habe ich im 10. Gau 15 Versammlungen abgehalten. Meine Tour begann mit dem 18. Oktober und endete am 1. November. Auf Wunsch des Gauborstandes hatte ich in jeder Versammlung über: „Die Entwicklung unseres Verbandes und welche Vortheile bietet er seinen Mitgliedern?“ zu referiren. In der Hand der wirtschaftlichen Entwicklung erläuterte ich die Entstehung, die vielen Kämpfe und den stetigen Aufschwung der Gewerkschaftsbewegung.

Deutschland ist immer mehr Industriestaat geworden. Auf der einen Seite finden wir mächtige Kapitalisten und ihre Vereinigungen, auf der anderen Seite die Arbeiterschaft, die ohne Vereinigung ohnmächtig sei. Den Grundsatz, den ich vor mehr als hundert Jahren aufgestellt habe: „Die Wünsche gestalten sei dem Menschen heilig“, beachte die Unternehmertumsklasse keineswegs. Die Gewerkschaftsbewegung hat den Arbeitern Ansehen verschafft, sie auf eine höhere Kulturstufe gestellt. Deshalb haben sich auch schon des Ofteren Gelehrte, Fabrikinspektoren u. A. m. nur loblich über unsere Vereine ausgesprochen. Wer uns Streikvereine nenne, verleumde uns. Noch immer haben wir unsere Forderungen, die doch durch die jetzige Theuerung nicht als begründet sind, auf friedlichem Wege zu realisiren versucht. Gatten wir doch im Jahre 1899 an 47 Orten mit 433 Geschäftsinhabern, welche 3374 Kollegen beschäftigten, friedliche Vereinbarungen zu Stande gebracht. Diese Erfolge sind aber nur dort erreichbar, wo die Organisation alle Kollegen in sich aufgenommen hat. Ich zeigte, wie langsam sich unser Verband entwickelte, wie er der Willkür des Sozialistengesetzes preisgegeben, und daß es die Aussperrung der Stuttgarter Möbelarbeiter im Jahre 1883 war, die den Zentralgedanken wieder mächtig förderte. Nachdem ich die ungeheuren Opfer für unsere Streiks und die Erfolge schilderte, ging ich auf unsere Unterstützungsvereinigungen ein; die Neueinrichtung unserer Arbeitslosenunterstützung habe ich dabei nicht vergessen. Besonders glaubte ich, über letzteren Punkt würde lebhaft diskutiert werden, ich täuschte mich jedoch. Ich behauptete, im 10. Gau haben sich auch die Wegner der Arbeitslosenunterstützung mit dieser ausgesöhnt. In allen Versammlungen haben die Diskussionsredner hauptsächlich den nothwendigen Anschluß an den Verband empfohlen.

Meine Tour setzte mit einer recht guten Versammlung in Plauen ein. 140 Kollegen waren anwesend. 80 pzt. der dortigen Holzarbeiter sind organisiert. Nebel bemerkt wurde es, daß der Verbandsvorstand das letzte Streikgesuch nicht genehmigte. Erzdähnen möchte ich die Mittheilung, daß neben den theueren Lebensmitteln und hoher Miete der Arbeiter bei einem Einkommen von 1000 M 23,50 direkte Steuern zu zahlen hat.

Die Versammlung in Delznitz war Sonntags Vormittags. Trotzdem waren zirka 30 Holzarbeiter und eine größere Anzahl Gewerkschaftsgenossen anderer Branchen erschienen. Hier werden viele Arbeiter für Unternehmer in Plauen angefertigt, so daß es nicht zu umgehen ist, bei Ausbruch einer Lohnbewegung in letzterer Zahlstelle die Vetheiligung der Delznitzer Kollegen hieran zu verhindern. In beiden Orten sind Stundenlöhne von 21 S nicht selten.

In Auerbach hatte ich eine allgemeine, gut besuchte Gewerkschaftsversammlung. 24 hiesige Kollegen und einige Verbandsmitglieder aus L. an besanden sich unter den versammelten Zuhörern. Die Verwaltung ist eifrig bestrebt, die Zahlstelle auf ihren früheren Stand und darüber hinaus zu bringen. Dieses Ziel wird sicher erreicht, wenn die Ver-

Es ist nicht das erste Mal, daß auf diese günstige Wirkung, höhere Löhne wie überhaupt einer guten Lebenshaltung der Arbeiterklasse, hingewiesen wird; alle ernsthaften Vertreter der Gewerkschaftswissenschaft haben das längst betont.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Den Zahlstellen Reichsbach und Zeulenroda wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung erteilt, ab 1. Dezember d. J. einen Lokalbeitrag von 10 M pro Woche, der Zahlstelle Lüdenscheid einen solchen von 5 M pro Woche ebenfalls ab 1. Dezember, neben dem ordentlichen Verbandsbeitrag zu erheben.

Die erste Auflage des Almanach für das Jahr 1903 in Höhe von 12 000 Exemplaren ist vergriffen, und konnten die bestellungsangegangenen Bestellungen schon nicht mehr erledigt werden.

Wegen Vergehens gegen die Interessen des Verbandes wurden aus dem Verband ausgeschlossen: Auf Antrag der Zahlstelle Nürnberg der Möbelschreiner Franz Hugel; auf Antrag der Zahlstelle Wiesbaden der Tischler Max Hessel; auf Antrag der Zahlstelle München der Maschinenarbeiter Anton Hinkl, Weiger Johann Böhm, Schreiner Adolf Hellmuth und Wagner Karl Dürsch; auf Antrag der Zahlstelle Wahrenth der Schreiner Georg Hagen; auf Antrag der Zahlstelle Heidelberg die Schreiner Anton Hönig und Hans Nürnberg; auf Antrag der Zahlstelle Schöneberg der Tischler Wilhelm Braun; auf Antrag der Zahlstelle Spandau die Tischler Robert Willert und Otto Kasi; auf Antrag der Zahlstelle Pritz der Schreiner Max Grotta; auf Antrag der Zahlstelle Neumünster der Tischler Heinrich Meyer; auf Antrag der Zahlstelle Colberg der Tischler Ernst Pohl; auf Antrag der Zahlstelle Lübeck der Tischler Fritz Präßen; auf Antrag der Zahlstelle Steglitz der Tischler Albert Vierhals; auf Antrag der Zahlstelle Blomberg der Tischler Theodor Lachenich; auf Antrag der Zahlstelle Gaarden der Tischler Christian Paarsch; auf Antrag der Zahlstelle Wilhelmshaven der Tischler Fritz Seelig; auf Antrag der Zahlstelle Bergeborf der Korbmacher Wald Bruch; auf Antrag der Zahlstelle Berlin die Tischler Richard Dieke, Stefan Müller, Herm. Grobb, Gustav Liebermann, Friedr. Jaglan, Wilh. Leu, Karl Müller, Max Schreiber, Ludwig Jaffe, Polster Gustav Bod und Klavierarbeiter Paul Pfander; auf Beschluß des Vorstandes der Tapezierer Peter Domy, gen. Schimmbob (Offenbach); auf Antrag der Zahlstelle Braunschweig der Tischler Gustav Petri.

Im Anschluß hieran machen wir auf den früher infolge verlässiger Unterschlagung erfolgten Ausschluß des Stammmeisters Gottlieb Böhm (zuletzt in Braunschweig) hierdurch nochmals aufmerksam.

Der Vorstand des Österreichischen Holzarbeiterverbandes warnt vor dem Tischler Karl Bauer, geb. 14. 6. 78 zu Thalau, welcher in Genußen wiederholt Verbandsgebelde unterschlagen und sich jetzt wieder nach Deutschland gewendet hat.

Nachstehende als verloren gemeldete Mitgliedschaften werden hiermit für ungültig erklärt: 71 436 Albert Dig, Tischler, geb. 25. 7. 70 zu Trauttenau; 90 078 Friedrich Goll, Schreiner, geb. 8. 2. 76 zu Kochersheimen; 125 495 Ernst Mann, Tischl.-Arb., geb. 11. 1. 85 zu Schleichendorf. Stuttgart, 29. November 1902.

Der Vorstandsvorstand.

Sterbetafel.

- Fritz Wiedl, Schreiner, 24 Jahre, geb. zu Bernsteln, gest. 18. 11. 02 zu München.
Karl Köhler, Schreiner, geb. 22. 3. 53 zu Schönwald, gest. 28. 11. 02 zu München.
Otto Wolf, Drechsler, geb. 27. 9. 72 zu Osterhofen, gest. 20. 11. 02 zu München.
Max Müller, Tischler, geb. 23. 3. 55 zu Brandenburg, gest. 26. 11. 02 zu Brandenburg.
Louis Bahr, Tischler, geb. 16. 9. 64 zu Gotha, gest. 2. 11. 02 zu Gotha.

Ehre ihrem Andenken! Die Ortsverwaltungen

Von der Ortsverwaltung Plauen i. V. wird berichtet, daß der verstorbene Kollege nicht Holz Müller sondern Hartung heißt.

Erklärung.

Der Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes beschwert sich bei der Preßkommission über die Redaktion, daß diese bezüglich der drei Weißiger — welche, entgegen ihrer Pflicht, die Verbandsbeschlüsse zu achten und durchzuführen, gegen dieselben nicht nur protestierten, sondern sich sogar an die Spitze der Protestler stellten — in einer Nummerung zu der Erklärung des Ausschusses in Nr. 48 der „Holzarb.-Ztg.“ von „ungezogenen Vieble's“ sprach. Es ist ganz selbstverständlich, daß, als jene Worte uns aus der Feder flossen, wir nicht im Mindesten ahnten, daß diese beiden, lebighch unsere Kenntnis des schwäbischen Dialekts verrathenden Worte so gedeutet werden konnten, als hätten wir die Weißiger beleidigen wollen. Gewiß, wir haben die Handlungsweise der drei Weißiger des Vorstandes entschieden gemißbilligt, ja sogar deren Entfernung von ihren Posten gefordert; mit viel schärferen als jenen beiden beanstandeten Worten haben wir deren ungehöriges Gebahren gekennzeichnet, und keiner der drei Weißiger hat darin eine Beleidigung erblickt; nun mit einem Male — da wir ob der väterlichen Ermahnung des Ausschusses ihnen gegenüber — uns eine Bezeigung erlaubten, die in Schwaben landesüblich ist, fühlen sie das Bedürfnis, die gekränkte Leberwurst zu spielen. Wir erklären den drei Herren Weißigern an dieser Stelle, daß uns eine Beleidigung ihrer werthen Person durchaus fern lag und daß wir die Ueberzeugung gewonnen haben: Die kostbare Zeit, welche der Vorstand mit der Abfassung der Reichswehrschrift an die Preßkommission vergeudet, hätte besseren Zwecken gewidmet werden können. Die Redaktion. A. Böcke.

Bekanntmachungen der Gauvorstände.

IV. Gau. Vorort Ebersfeld.

Den Zahlstellen des Gaus zur Mitteilung, daß im Laufe der verfloßenen Woche die Fragebogen für das zweite Halbjahr 1902 mit einem Begleitreiben verandt wurden. Sollten dieselben in irgend einer Zahlstelle nicht eingetroffen sein, so bitten wir, diese umgehend zu reklamieren. Um pünktliche Retourbringung der Fragebogen bis zum vorgezeichneten Termin (16. Januar 1903) eruchen wir dringend, um so mehr, da vom ersten Halbjahr ein Theil der Zahlstellen dieser Verpflichtung nicht nachgekommen ist. Desgleichen bitten wir um bringende Beachtung des beiliegenden Zirkulars und sehen des hierauf bezüglichen Resultates, wie angegeben, bis spätestens zum 31. Dezember entgegen. Der Gauvorstand. J. A.: Aug. Hartung, Schulstr. 88 a.

Korrespondenzen.

(Die Schriftführer der Zahlstellen und Vereine werden dringend ersucht, nur schmales Papier zu gebrauchen und nur auf einer Seite zu beschreiben.)

Braunschweig. Am Sonntag, den 9. November, fand hier eine öffentliche Holzarbeiterversammlung statt. In der Arbeitersekretär Gräß aus Frankfurt a. M. über: „Die Mängel in der Arbeiterversicherung“ referirte. Trotz des schlechten Wetters waren circa 170 Personen erschienen, und fand der Vortrag großen Beifall. Nach dem Vortrag nahm Kollege Dohle von Wessungen das Wort, die Anwesenden zum Anschluß an die Organisation aufzufordern. Wägen die Mahnungen beider Redner bei den Versammlungsberechnungen gute Früchte zeitigen; an der Zeit wäre es wirklich, daß die hiesige Arbeiterschaft den gewerkschaftlichen Organisationen mehr als bisher ihre Aufmerksamkeit schenken, dann würde die beste Möglichkeit zur Besserung der hiesigen unheimlichen Arbeitsverhältnisse gegeben sein.

Braunschweig. Einem schon längst gehegten Wunsche, unseren Redakteur und Kollegen A. Böcke einmal als Referenten in unserer Mitte zu haben, konnte am Donnerstag, den 27. November, entsprochen werden. „Die Feinde der Gewerkschaftsorganisation im Allgemeinen und die der Holzarbeiter im Besonderen“ lautete das Thema der öffentlichen Holzarbeiterversammlung. Kollege Böcke schilderte, wie von den ersten Anfängen der modernen Fachorganisationen an die Unternehmer bestrebt waren, diesen Vereinigungen den Boden zu enkreischen und die Weiterentwicklung einzudämmen. Obgleich durch das Koalitionsrecht gewährleistet sei, daß zum Zwecke der Erzielung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen Vereine bestehen können, beweisen Vorgänge von damals bis zum heutigen Tage, daß die Behörden, vom untersten Polizeibeamten bis hinauf zu den Ministerien, nicht uns den wirtschaftlich Schwächeren, sondern den Unternehmern Schutz und Sympathie zu Theil werden ließen. Auf die Feinde der Holzarbeiterorganisation übergehend, zeigt der Referent, daß Holzindustrielle und deren Trabanten, die Zunungen, auf ihren Generalversammlungen Beschlüsse faßten, die nichts weiter bezweckten, als den Holzarbeiterverband niederzuzwingen. Dies zeigt besonders die Gründungsgeichte des Arbeitgeber-Schwerverbandes. Vier Jahre unruhiger Arbeit bedurfte es, um endlich das Schwerzeugnis der Öffentlichkeit zu präsentieren. Ob es lebensfähig sein werde, wüßte die Zukunft lehren. Redner schilderte dann den Kampf der sich in Berlin abspielt um die Entlassungscheine und den Arbeitsnachweis und jagt, daß die Berliner Kollegen allen in Deutschland in Bezug auf Opfermuth und Disziplin zum Vorbild dienen können. Wie auch der Kampf in Berlin enden möge, das Eine steht fest, daß unsere Organisation dort die Feuerprobe bestanden, und wenn sie die Unternehmer ihrer Ungehörigkeit im Kampfe mit den Arbeitern bewiesen hätten, so hier, mit ihrer verfolgten Taktik erreichten sie das Gegenheil von dem, was sie bezweckten. Der Holzarbeiterverband wollten sie mit Mann und Maus ausrotten und leigefügter und widerstandsfähiger denn je steht er da und trotz aller gegen ihn unternommenen Maßnahmen. Der Kampf der Unternehmer, in der Holzindustrie gegen unsere Organisation, so jagte Redner, muß uns ein Ansporn sein, unsere Reihen dichter zu schließen, unsere Mitglieder für den kommenden Kampf zu stärken. Die Fernstehenden und Gleichgültigen müssen aufgerüttelt, jeder Einzelne muß ein Agitator und Kämpfer sein, dann ist der Sieg unser. Reiches Beifall belohnte den Redner für seine lehrreichen Ausführungen. In der Diskussion äußerten sich die Kollegen: Alldoff und Schmidt im Sinne der Referenten und ermahnen die Kollegen Braunschweigs, den Appell auf sich anzuwenden zu wollen. Unsere Zahlstelle blide in diesem Jahre auf ein zwanzigjähriges

Bestehen zurück. Wir haben gewiß gethan, was in unseren Kräften stand, aber es muß und wird noch besser werden, wenn wir es nur wollen. Nach einem ermunternden Schlusswort des Kollegen Prad, in der Agitation für Gewinnung neuer Kollegen thätig zu sein, wurde die gut besuchte Versammlung mit einem Hoch auf den Deutschen Holzarbeiterverband geschlossen. Hoffentlich sind wir in der Lage, über einen Erfolg für unsere Zahlstelle baldigst berichten zu können.

Würgel i. Th. Die Aufgaben der Gewerkschaften für die Zukunft lautete das Thema, über welches Kollege Schulz-Jena in der letzten Versammlung referirte. All die Korporationen, welche uns feindlich gegenüber stehen einer herben Kritik unterziehend, verstand es Kollege Schulz in gemeinverständlicher Weise die Anwesenden auf bi. Pfülligen als Gewerkschaftler aufmerksam zu machen. Nur wenn ein Jeder seine Schuldigkeit thut, ist es möglich, den Aufgaben, die wir uns als Gewerkschaft gestellt haben, im vollen Maße Rechnung zu tragen. Reiches Beifall lohnte den Redner für seinen höchst interessanten Vortrag. — Kollegen Würgel's Vorträge die Worte des Referenten; trage ein Jeder zum weiteren Ausbau unseres Verbandes thätig bei. Besucht in Zukunft die Mitgliederversammlungen recht fleißig, damit durch eine rege Aussprache die Verhandlungen recht interessant werden. Auch die Verhältnisse in Würgel lassen zu wünschen übrig und sind verbesserungsbedürftig. Sei ein Jeder ein gesundes Glied in dieser großen Kette, dann sind wir auch mächtig, etwas zu unternehmen.

Crimmitschan. Die Firma Mohland & Pohlant, Uhrgehäusefabrik, hat seit dem vor zwei Jahren mißlungenen Drechslerstreik, ohne Widerstand zu finden, bei ihrem Herrerecht den ausgiebigsten Gebrauch gemacht. Ende November 1901 wurde in der Fabrik folgender Ufa angeschlagen.

Die rapid wachsende Nothlage der Uhrgehäusefabrik, daß sie Steigen der Preise, der erhebliche Zins- und Diskontverlust durch übermäßig lauges Ziel ergeben, was sich wiederum mit der Zeit nöthig gemacht hat, um Aufträge resp. Arbeit zu erhalten, zwingen uns, so schwer es uns auch fällt, auf die bisherigen Löhne in Zukunft 12 pzt in Abzug zu bringen. Zu diesem Zweck erhält Jeder einen kleinen Zettel mit seinem Namen, auf dessen Rückseite ein „Ja“ als Zeichen des Einverständnisses, ein „Nein“ als Zeichen der Ablehnung zu vermerken ist. Diese Zettel werden dann Samabend, den 22. November, Nachmittags 2 Uhr, von jedem Einzelnen bisfret abgeholt; im Falle der Annahme werden die neuen Preise alsdann Montag, den 25. November, in Kraft treten. Mohland & Pohlant.

Nach mehrmaligen Vorstellungen seitens der Arbeiter ließ sich schließlich Herr Pohlant herbei, statt 12 pzt, „nur“ 8 pzt abzuziehen, was auch bis dato beibehalten wurde, aber Herr Pohlant konnte anscheinend auf seinen Vorberren noch nicht ruben; nicht genug damit, daß die Fertigmacher oftmals warten müssen, für welchen Ausfall keine Entschädigung gezahlt wird, auch eine ganze Anzahl Arbeiter sind jetzt reichhaltiger und somplizierter, wofür es ebenfalls keinen Besinn mehr giebt, und um nicht aus der Routine herauszukommen, war vorig. Woche den Drechsler und Zusammenbauern ein neuer Tarif vorgelegt worden, welcher wiederum eine durchschnittlich achtprozentige Herabsetzung bedeutet, dabei folgende. Ufa bekannt gegeben.

Die allgemeine Nothlage der Gehäuse-Industrie, das Steigen der Preise von Rohmaterialien dabei das forgesetzte Fallen der Preise fertiger Waare, zwingen uns, die Allord-Löhne mäßig herabzusetzen und tritt Montag, den 24. d. M., nachstehender Lohnzettel in Kraft. W. eruchen Alle, den schlechten Preisverhältnissen Rechnung zu tragen und Weiterungen zu vermeiden. Achtungsvoll Mohland & Pohlant.

Diesmal jedoch dürfte Herr P. ein wenig in die Suppe gespuht werden, denn im Laufe dieses Sommers hat sich mehr der Noth als dem eigenen Triebe gehorchend, der größte Theil der dabeist beschäftigten Arbeiter der Organisation wieder angeschlossen und jetzt sind fast alle Mitglieder des Holzarbeiterverbandes. Was uns trotz all unserer Mühe nur langsam gelang, Herr Pohlant brachte es schneller fertig, wenn auch wider seinen Willen, nämlich die Organisation seiner Arbeiter, und daß der Holzarbeiterverband immerhin ein zu beachtender Faktor ist, beweist der Umstand, daß sich Herr Pohlant angelegenlichst darnach ertundigte, wer organisiert ist und seit wann. Was die die vorige Woche angekindigte Lohnherabsetzung betrifft, so ist zu bemerken, daß alle Arbeiter nur ein energisches „Nein“ hierfür hatten, und erklärten, wenn sie verhungern sollten, dann wollten sie es lieber zu Hause, statt bei der Arbeit, und das mit Recht. Herr P glaubt jedoch den Schläuen zu spielen und ist aber will bereit sein und war auch bis heute, Montag Nachmittags, noch nicht zu sprechen, trotzdem er doch wohl eine böse Ahnung haben mochte über die Dinge, die da kommen sollten, denn er wollte doch von irgend Jemand über hierauf bezügliche Vorkommnisse unterrichtet sein. Hoffentlich ist ihm auch wahrheitsgemäß berichtet worden.

Freiberg i. S. Bei der Firma M. Schenkel & R. Schminka, Sächsische Camera-Werke, wurden die Arbeiter vor einigen Wochen wegen Erlass eines Lohnzittarifs vorstellig. Die Firma ging auf diese Forderungen auch ein, aber nur unter erheblichen Abzügen auf alle Positionen des von den Arbeitern vorgelegten Tarifs. Gleichzeitig wurde eine entsprechende Kürzung der Abschlagslöhne vorgenommen und zwar von M 20 auf M 18, resp. M 18 auf M 15 u. d. M 15 auf M 12. Den Arbeitern wurde erklärt, sie sollten sich den Tarif gut durchsehen, doch jagte Herr Schminka, Versammlungen der Arbeiter über diese Frage verbitte er sich, auch brauche bei ihm keiner der Arbeiter wegen dieses Tarifs vorstellig zu werden; an eine Zurücknahme desselben sei nicht zu denken. In der That ist auch ein Kollege sofort entl. worden nachdem er sich über diese Angelegenheit mit den beiden Chefs auseinandergesetzt hatte, weil er der erste Geher im Betriebe war, wie die Herren sagten, und zwei oder drei andere Kollegen sollten folgen. Die Kollegen werden den beiden Herren zu betweisen haben, daß sich organisierte Arbeiter nicht Alles bieten lassen, was selbstherrlichen Unternehmern einfällt, und da wird sich zeigen, wer stärker ist die Herren Unternehmer oder die Organisation.

Suben. In einer am 18. November hier abgehaltenen öffentlichen Holzarbeiterversammlung sprach Kollege Würgel über: „Die Gewerkschaft und die Familie“. Im Anschluß an den mir Beifall ausgenommenen Vortrag wurde durch die von einigen der Anwesenden über seine Stellungnahme zu der auf den letzten Verbandstage beschlossenen Festsetzung der Verbandszittarifs. Beamtengesälter und Arbeitslohnunterstützung befragt. Der Referent erklärte hierauf seinen

Standpunkt. (1) Darauf wurde die Stellungnahme des Meisters, Kollegen Böde, in vorstehender Frage kritisiert, wobei auch Güth seiner Meinung Ausdruck gab. (111) Damit fand die von über 70 Personen besuchte Versammlung ihren Abschluß. Die nächste Mitgliederversammlung findet am 6. Dezember statt.

Höruberg. Nach sechswochiger Dauer ist nun der Streik der hiesigen Bau- und Möbelschreiner beendet. Da die Meister Rung und Storz, trotz des kolossalen Schadens, den sie erlitten haben, nicht zur Einsicht kamen und jede Unterhandlung rundweg ablehnten, da andererseits sich fremde Arbeiter genügend einfanden, um unseren Kampf wirkungslos zu machen, so mußte der Streik für uns als verloren betrachtet werden. Was die zwei Meister nun für einen Nutzen von ihren jetzigen Arbeitern, die Herausforderer leisten, haben, wissen sie jetzt schon zur Genüge. Selbstverständlich können Weber, Zimmerleute und Schlosser ebensovienig Möbel machen, als ein Porzellandreher ein Kleidungsstück anfertigen kann. Aber während des Streiks war den Herren Jeder willkommen; wenn sie nur Leute in den Werkstätten hatten. Auf die Dauer aber können dieselben es nicht aushalten und werden sich genötigt sehen, tüchtige Arbeitskräfte einzustellen. Indem aber die Herren Meister erklärten, keine Verbandskollegen mehr zu beschäftigen, so wollen wir ihre Wünsche gerne entgegenkommen und die Sperre über die beiden Betriebe verhängen, bis sie zur besseren Einsicht kommen und endlich erklären, den Verband anzuerkennen. Wir bitten deshalb die organisierten Kollegen, sich diese Betriebe zu merken; denn unsere Forderungen sind so minimale, daß auch der verbissenste Gegner sich sagen muß, daß der hiesige Streik nicht aus Muthwillen entstanden ist.

Jugolstadt. Es sind nunmehr vier Wochen vergangen, seit unsere Zahlstelle über die Werkstätte Mohr die Sperre verhängt hat und ist es so gekommen, wie wir vorausgesagt haben: innerhalb dieser Zeit haben nur sechs Indifferente in dem gesperrten Betriebe angefangen und bis auf Einen sind Alle wieder laufen gegangen. Und auch dieser eine Kollege hat uns angeboten, der Mohr'schen Wube wieder den Rücken zu kehren, wenn wir ihm in einem anderen Betriebe Arbeit verschaffen wollten. Das könnte uns noch einfallen, solche Nachbarn auch noch zu unterstützen, die uns in den Rücken fallen. Wenn besagter Kollege übrigens die Absicht beklundet hat, dem Verbandsbeizutreten, so können wir ihm an dieser Stelle verrathen, daß er sich den Gang zu uns ersparen kann; solche Brüder wie er, können wir nicht brauchen. Die Christlichen schimpfen nun wie die Mohr'schep, daß wir uns herausgenommen haben, ohne ihr vorheriges Einverständnis über die Mohr'sche Wube die Sperre zu verhängen. Das fehlte gerade noch, von 45-50 am Orte beschäftigten Kollegen sind im christlichen Verbands kaum fünf Mann, bei uns 36 Mann organisiert, dann sollen wir auch noch bei den Christen anfragen, ob sie uns gnädig gestatten wollen, den Mitgliedern in den Werkstätten zu Leibe zu gehen. Es ist ja schmerzlich, wenn die Christen durchaus nicht vorwärts kommen wollen mit ihrer Organisation. Wenn die christlichen Kollegen sich beispielsweise Herrn Stögerwald aus München annehmen lassen, damit er zur Velebung ihrer Sache in Jugolstadt eine tüchtige Parteibank hält, und die nächste Mitgliederversammlung ihres Verbandes ist gleichwohl nur von dem Schriftführer einzig und allein besetzt, so ist das ohne Weiteres schmerzlich für sie, aber wir können doch daran nichts ändern. Vielleicht nehmen sich die Christen aber der Streikbrecher in der Mohr'schen Wube an, die ja bei uns keine Geschäfte machen können, dann können sie es wenigstens zu einem Waderbüßend bringen. Die hiesigen Meister haben zu der Sperre bei Mohr auch Stellung genommen und unser Vorgehen ausdrücklich gebilligt. Sie denken wohl: Heiliger Florian, beschütze mein Haus, zünd andere an. Und dann haben sie ja schon genügend unter der Schmutzkonturrenz zu leiden gehabt, um Herrn Mohr eine tüchtige Lektion von Herzen wünschen zu können. Erst letzte Woche wieder hat H. die anderen Meister bei einer Militärlieferung um 25 pzt. unterboten. Darüber ärgern sich mit Recht die anderen Meister, und sie lähen es am liebsten, wenn wir die Streikbrecher aus der Mohr'schen Wube herausholten. Das fällt uns aber nicht ein, jene Leute, die uns in den Rücken gefallen sind, auch noch mit unserem Gelde zu unterstützen.

Röschensroda. Die hiesigen Grünformmacher, welche schon voriges Jahr einen Lohnabzug zurückweisen mußten, haben auch jetzt wieder mit solchen Schwierigkeiten zu kämpfen. Da ein großer Theil der hier angefertigten Körbe zum Obstverstand gebraucht wird, im Allgemeinen aber eine Obst-, namentlich Kirschenußkerne war, blieb ein Posten Unbilligungen für nächstes Jahr auf Lager. Wenn man nun in Betracht zieht, daß hier im Winter meistens auf Lager gearbeitet wird, daß die Dresdener Gegend durch die Krise sehr hart in Mitleidenschaft gezogen ist und daß wir mit einer harten Konkurrenz zu rechnen haben, ist es wohl erklärlich, daß sich die hiesigen Formmacher in keiner beneidenswerthen Lage befinden. Die Arbeitgeber H. Bette und H. Kühn sind bemüht, das Risiko so viel wie möglich auf die Arbeiter abzuwälzen. H. Bette entließ im Sommer sechs von acht bei ihm beschäftigten Arbeitern, um nach eilichen Wochen zwei von diesen unter ungünstigen Bedingungen einzustellen. Bei H. Kühn arbeiteten die letzteren Sommer bis zu 18 Mann. Hier ist es schon zur Regel geworden, die Werkstätte zum Herbst zu schließen. Mehrere Kollegen lehrten deshalb schon der Werkstätte bei Fritz den Rücken. Ein Theil ist entlassen worden, so daß jetzt noch neun Mann beschäftigt sind. Herr S. kündigte vor eilichen Wochen seinen sammtlichen Arbeitern, mit Ausnahme der Fischer, einen Lohnabzug an, der bei einigen Stellen 16 pzt. beträgt. Die Kollegen einigten sich daraufhin auf fünfprozentige Reduzierung des wöchentlichen Lohnes. Die Kollegen glauben nun, daß damit Alles in Ordnung sei, doch Herr Kühn laud es anders. Er kündigte vor Kurzem zweien Kollegen einen abermaligen Abzug an und schickte weitere Kündigungen in Aussicht. Da nun der Lohn der hiesigen Formmacher keineswegs als höher betrachtet werden kann, der Lebensunterhalt aber sehr theuer ist, wollen die Kollegen der hiesigen Werkstätte sich gegen weitere Abzüge wehren, und sei es durch Arbeitslosigkeit. Jedenfalls weiß jeder anerkennende Kollege, was er unter diesen Umständen zu thun hat.

Wannheim. Mit den Jubiläen in der Kammerfabrik von Schö & Bräunle beschäftigte sich unsere Mitgliederversammlung am 8. November. Diese Firma kennt gewisse

Ereignisse, wie Fabrikneueinrichtung, Meisterjubiläum usw., um Festlichkeiten zu veranstalten, wozu die Arbeiter ebenfalls eingeladen werden. Solche Veranstaltungen haben lediglich den Zweck, in der Öffentlichkeit von sich reden zu machen; in Wirklichkeit sind sie aber darauf berechnet, die Arbeiter über ihre nicht beneidenswerthe Lage hinwegzutäuschen. Nach den in dieser Versammlung geschilderten Umständen hat diese Firma auch hierzu alle Ursache. Den Kammermachern dürfte so ziemlich bekannt sein, daß diese Firma von anderen Fabrikanten gar zu gern als Musterinstitut hingestellt wird. Wie es aber in Wirklichkeit in dieser renommierten „ersten süddeutschen Kammerfabrik“ aussieht, darüber sollen folgende Zeilen Aufschluß geben. Während der guten Geschäftsjunktur der letzten Jahre betrug der Höchstslohn für gelehrte Kammmacher A 21 pro Woche; ein Lohn, wie ihn hier in Mannheim bereits jeder Speisbube und Handlanger erhält. Kleinere Geschäfte dieser Branche zahlten zu dieser Zeit schon bedeutend höhere Löhne. Um den Arbeitern Gelegenheit zu geben, mehr zu verdienen, wurde im August 1900 das Akkordsystem eingeführt, das auch in Bezug auf Lohnberechnung die größten Ueberertragungen brachte. Notirte der Arbeiter seine Akkordpreise nach dem letzten Zahltag, so konnte er darauf gefaßt sein, daß am nächstfolgenden Zahltag der Herr Fabrikant die Preise ganz nach seinem Belieben reduziert hatte. Selbst an Zahltagen, an denen Festlichkeiten abgehalten wurden, konnte es Herr Bösch nicht unterlassen, die Akkordsätze zu kürzen. Wird ein neues Meister gemacht, so bekommt der Arbeiter das erste Mal mehrere Dubend in Arbeit. Hiernach wird dann der Akkordpreis so festgesetzt, daß der Arbeiter nicht einmal auf seinen vereinbarten Stundenlohn kommt. Später kann er dann erleben, daß er einen handwurmlangen Zettel erhält, worauf 12 bis 15 Nummern und von jeder Nummer vielleicht ein oder zwei Stück anzufertigen sind. Was bei solchen Erdoeleinen zu verdienen ist, wo man zu jedem Stück die Schablone suchen muß, und wobei es noch vorkommt, daß die eine oder andere Sorte Material fehlt, wird jeder Fachmann begreifen. Das Fehlen von Material ist überhaupt in diesem Geschäft ein chronisches Uebel. Zutheilen werden die Arbeiter angetrieben, Ueberstunden werden gemacht und Arbeit wird mit nach Hause genommen, zwei, drei Tage nachher stehen sie herum und warten auf Material. Was das Werkzeug anbelangt, so bleibt noch viel zu wünschen übrig. Fremde Kammmacher, die hier anfangen, erhalten gewöhnlich das von den Lehrlingen abgenutzte und verdorbene Werkzeug, so daß sie kaum im Stande sind, ihre Arbeit damit auszuführen zu können. Zu all' diesen Unnehmlichkeiten mußte man in letzter Zeit immer noch hören, die Löhne seien zu hoch, die Arbeiter verdienten zu viel. Am 2. November erfolgte dann die Ankündigung einer Lohnreduktion, die bei manchen Gegenständen 33 pzt. beträgt, mit dem Vermerk: „Wem es nicht paßt, der solle zum Herrn gehen“. Wer die seinen Manieren des Herrn kennt, geht nicht zu ihm. Er könnte schließlich eine Einladung erhalten, wie seinerzeit der Arbeiter Gassenmaier, der seine Zunge aber zu gut hielt, diese Einladung zu befolgen. Beschimpfungen der Arbeiter, wie: Hund, Lausbub, Bettelbub und dergl., sowie Verabreichung von Ohrfeigen und Hinauswerfen gehören zur höheren Bildung dieses Fabrikanten. Fremde Kammmacher ziehen es in der Regel vor, sich bei dieser Firma nicht zu verewigen, da die Umgebung von Mannheim Künstler genug für dieses Musterinstitut liefert. Ist doch der dritte Theil der circa 40 Arbeiter Lehrlinge, deren Hauptkunst darin besteht, daß sie das Material vermurken. Den daraus erwachsenden Schaden schindet der Fabrikant wieder aus den anderen Arbeitern heraus. Die Firma bevorzugt solche Arbeiter, die mit sich Kasperl spielen lassen. Beweist doch ein vorgekommener Fall die Unmännlichkeit eines solchen Musterarbeiters. Ein verheirateter Mann wurde mit der Hundepfote verhalten und hinausgeschickt, setzte sich aber am anderen Tag wieder an seinen Arbeitsplatz, als wäre nichts geschehen. Sogar ein Meister läßt sich wie ein Wube hinfallen und lacht im nächsten Moment wieder fröhlich mit dem Herrn. Nach dem oben Gesagten wird es nicht mehr verwunderlich sein, daß in diesem Geschäft sich solche Vorkommnisse abspielen. So lange die Arbeiter wegen eines „Festes“, das ihnen der Fabrikant arrangirt, die Stiefelsohlen durchlaufen und bei solchen Anlässen ihren Wohlthäter noch hoch leben lassen, so lange werden solche Zustände nicht verschwinden.

Wühlendorf a. Inn. Der Kampf um das Koalitionsrecht dauert ununterbrochen fort. Nicht genug, daß die Firma bereits sämmtliche organisierten Kollegen auf's Pflaster warf, möchte sie auch noch genau wissen, wer es von den Uebrigen noch wagt, eine Versammlung zu besuchen. Aus diesem Grunde hat die Firma Spione angestellt, welche die Aufgabe haben, etwa in einer Versammlung unserer Verbände anwesende Kollegen bei der Firma zu denunzieren. Die betreffenden Fabrikspione werden aber größtentheils durch die Vorsicht der Mitglieder hinter's Licht geführt. So erst vergangenen Dienstag, wo sich die Spione, drei Mann stark, eingefunden hatten, jedoch unter verschiedenen spitzigen Reden und Gelächter wieder abziehen mußten, da die Versammlung schon am Tage vorher abgehalten wurde. Diese Kundschafter sind selbstredend Beamte und Meister der Firma, unter denen sich auch der neue Hufschneidemeister Erisl befindet, welcher früher Verbandsmitglied und nachträglich Streikbrecher wurde. Zugang ist fernzuhalten.

Schwemingen. Der Winter steht wieder vor der Thür, die hiesigen Uhrenfabrikanten benutzen diese Gelegenheit natürlich wieder, um durch Verlängerung der Arbeitszeit und Lohnreduktion ihre Profite zu steigern. Am Herbestabend zeigten sich diesmal wieder die bekannten Millionäre der Firma Mauthe aus. Am Donnerstag, den 13. November, erschien auf dem Comptoir ihrer Schreiberei ihr Direktor, ließ einige seiner Arbeiter antreten, und legte ihnen auseinander, wie die Konkurrenz so sehr auf den Unternehmer drücke und er infolgedessen eine andere Arbeitsverteilung einführen müsse. Verschiedene Arbeiter sollen den männlichen Arbeitern entzogen und durch billigere Arbeitskräfte, durch Frauen und Mädchen, hergestellt werden. Er erklärte aber den Arbeitern, daß ja Keiner nichts davon anzujagen möge, damit es in der Öffentlichkeit nicht gleich wieder herse, es wird nach Feierabend gearbeitet und abgezogen. Im Gegentheil, es soll und müsse jeder Arbeiter den gleichen Lohn wieder weiter verdienen, wie bisher, denn er sei auch überzeugt von den Pflichten eines Arbeiters. Einige der Arbeiter aber, welche den Himmel kennen, trau-

ten den Ausführungen des Direktors nicht ganz und fragten nach der neuen Preisliste, da bereits schon ein Arbeiter nach dem neuen verkürzten Lohnsatz arbeiten mußte. Der Direktor aber empfahl, für den betreffenden Tag über die Sache hinwegzugehen, anderen Tags werde die neue Preisliste veröffentlicht werden. Am anderen Tage fand man dieselbe denn auch mit der Rückseite nach außen in einem Winkel der Lackierstube hängend. Die Arbeiter waren nicht wenig enttäuscht von den schönen Ausführungen des Direktors vom vorhergehenden Tage, nachdem sie herausgefunden, daß nach der neuen Preisliste wiederum 10 bis 20 pzt. abgezogen waren. Natürlich mußte dabei der Werkführer Andreas Jauch, eine Größe des evangelischen Arbeitervereins, sein Menschennützlichstes dazu beitragen, um die Lohnreduktion durchzubrechen. Wohl einen der getreulichsten Handlanger des Millionärs Mauthe griff man heraus, um eine Probeleistung eines Arbeiters zu machen. Derselbe mußte, wie schon erwähnt, bei verkürztem Akkord eine Arbeit herstellen. Das Material wurde ihm pünktlich zugestellt, was sonst bei einer außerordentlichen Unordnung, die in diesem Geschäft meistens vorherrschend ist, nur selten der Fall war. Von einem organisierten Arbeiter gefragt, wie es ihm möglich sei, die Arbeit in einer so ortschickungsmäßigen kurzen Zeit herzustellen, erklärte derselbe: „Des ischt halt nimmer geschaffet, i hau halt gschunde wie a Vieh.“ Dieser Mensch hat aus dem Herzen gesprochen, denn was bei ihm zutrifft, ist für den größten Theil der in der Uhrenbranche beschäftigten Arbeiter zutreffend. Nur mit außerordentlichen Ueberanstrengungen ihrer Arbeitsleistungen können dieselben sich noch über Wasser halten. Zum Schluß wurde noch als Schreckschuß zwei unlieblichen Arbeitern gekündigt, natürlich verheirateten, denn es ist für rauchbedürftige Kapitalisten, die sich bis vor einigen Jahren noch Lampen und Petroleum von den Arbeitern stellen ließen, eine reine Wohlthat, wenn sie neben dem Manne auch noch Frau und Kinder in eine traurige Lage bringen können. Angesichts solcher Zustände muß man sich nur über die Gleichgültigkeit der großen Mehrzahl der Uhrenarbeiter gegenüber den wirtschaftlichen Organisationen wundern, wo doch die Gewerkschaft das einzige Mittel zur Besserung dieser Verhältnisse ist.

Epremberg. Seit der Entlassung der 30 Arbeiter bei der Firma Kiefer lebt es bei uns fortwährend stürmische Mitgliederversammlungen. So wird mit Recht getadelt, daß der Zugang nach hier ein harter ist und daß besonders mehrere von den Entlassenen, die auswärts Arbeit erhielten und zum Theil recht gute Stellen hatten, sich immer wieder bei Kiefer anbieten. Dies Verhalten ist um so verurtheilenswerthiger, als noch viele von den damals entlassenen Kollegen arbeitslos sind. Durch solche Anbetelei müssen selbstverständlich die Errungenschaften der Organisation wieder verloren gehen. Bedauerlich ist, daß einzelne Kollegen so wenig Solidaritäts- und Ehrgefühl im Leibe haben, sonst könnten sie sich nicht darum reizen, bei Kiefer zu arbeiten. Wird dieser doch darin bestärkt, daß es bei ihm immer noch besser sei als anderwärts, sitemalen sie ja Alle wiederkommen. Er hat dies auch schon offen ausgesprochen. Leider ist durch das Treiben solcher Kollegen die innere Festigkeit unserer Zahlstelle verloren gegangen, ebenso die Lust, etwas für den Verband zu thun. Durch Verleumdungen und Verdächtigungen wird manchem Kollegen die Liebe, ein Amt anzunehmen, vererbt. So mußte z. B. unser Kassirer, der gemäßigert war, nach Rothbus, seiner neuen Arbeitsstätte, überfiedeln und Kollege Neumann wurde einflußlos gewählt. In der späteren Diskussion übte ein Kollege an dessen bisheriger Thätigkeit in etwas ungeschickter Weise Kritik und Neumann legte sofort wieder seinen Posten nieder. Eine ganze Reihe Durcheiberer kamen bei dieser Gelegenheit zur Sprache, die geeignet sind, unsere bisher gute Zahlstelle zu vernichten. Mit dem gegenwärtigen Treiben wird unseren Unternehmern am Orte freilich in die Hände gearbeitet. Bis heute konnte der Verband thun immer noch Achtung abgimmen und Respekt einflößen und viele Erfolge sind hierauf zurückzuführen. Durch die Uneinigkeit wird alles Errungene wieder verloren gehen. Kollegen Epremberg bedenkt, wohin das führt; seid einig, ermahnt Euch wieder und helfe Jeder von Euch mitarbeiten, daß der frühere Zustand wieder hergestellt wird; fort mit Allem, was uns trennt und verbittert und Einigkeit siehe wieder in unsere Reihen, dann wird es auch wieder besser werden. Die deutschen Kollegen bitten wir, den Zugang nach hier noch einige Zeit fernzuhalten.

Stolz. Nach 13wöchiger Dauer ist der hiesige Tischlerstreik zu Ungunsten der Kollegen beendet worden. Um eine Erläuterung sind wir in diesem Kampfe reicher geworden, daß nämlich die hiesigen Kollegen durch nichts zu bewegen sind, in Konsequenz einer solchen Situation den Ort zu verlassen, und ist es diesem Verhalten im Wesentlichen auch zuzuschreiben, wenn der Streik verloren ging. Anerkannt muß werden, daß sich die Kollegen tapfer gehalten haben; beispielsweise ist bei der Firma Weder, um die es sich zuletzt hauptsächlich handelte, nicht ein Mann zum Verräther geworden. Und noch am 8. November haben die Streikenden einen Antrag der beiden Verwaltungen auf Beendigung des Streiks mit 61 gegen 5 Stimmen abgelehnt. Herr Gäbner vom Generalrath des Hirsch-Dunder'schen Gewerkschafts, der diesen Verwaltungsantrag beantragt hatte, erklärte hierauf, daß er sofort nach Berlin reisen und bei dem Generalrath eine Beendigung des Streiks veranlassen werde. Und in der That erklärte der Generalrath die Unterstügungen schon von der 13. Woche einstellen zu wollen, was gleichbedeutend war mit Aufhebung des Streiks. Nun ist Herr Weder natürlich oben auf, was schon in seiner selbstbewußten Haltung zum Ausdruck kommt. Jedenfalls ist es am Plage, den Zugang nach hier streng fern zu halten, damit die Bäute dieses Herrn nicht in den Himmel wachsen.

Eingekandt.

Auf das Eingekandt des Kollegen Kupke-Obligs in Nr. 46 unserer Zeitung sei kurz erwidert, daß die Zahlstelle span allerdings ganz genau wußte, daß die in Obligs vorerwähnten Zahlstellen der Umgebung abgehaltene kombinierte Versammlung nur den Zweck hatte, das Defizit bezw. den Bericht des Kollegen Caprin-Solingen über den Verbandsentgegenzunehmen. Selbstverständlich hatten wir keine Kenntniz davon, daß dort über die Gründung eines neuen Verbandes verhandelt werden sollte. Ferner ist zu sagen, daß wir nur deshalb erst jetzt die Agitationssturen kritisieren, weil jetzt der Güt'sche Agitationsbericht ver-

Öffentlich worden ist. In Bau-Angelegenheiten scheint der Kollege gut informiert zu sein, da er nicht weiß, wie die hiesige Zahlstelle selbst. Nicht wir haben um ein Defizit das Kollegen Güth nachgesucht, sondern der Bauvorstand hat uns mitgeteilt, daß Güth hier sprechen werde. Wir waren selbstverständlich damit einverstanden, da wir doch kurz darnach um ein Defizit nachgesucht hätten, nach dem Beschlusse der Zahlstelle. Im Anschluß hieran noch einige Worte über Agitationstouren. Wir glauben, daß dem Vorstande damit nicht Unrecht geschehen ist. Der Vorstand als oberstes Glied des Verbandes weiß jedenfalls besser, daß schematische Agitationstouren wenig Zweck haben. Wir ist wenigstens öfters passiert, daß ich zuhören mußte, wo man sich für derartige Touren keinen Nutzen versprach. Und das sollte dem Vorstand noch nicht zu Ehren gekommen sein? Wir pflichten vor allem dem Leitartikel in Nr. 48 der „Holzarbeiter-Zeitung“ bei, daß Haus- und Werkstattagitationen betrieben werden müssen, da wir daselbst hier an Orte erfahren haben. Wenn wir diese Agitationen am Orte nicht betreiben würden, wäre die Zahlstelle wohl bald flühen gegangen. Die Tour war also verfehlt, wenn sie auch nur den Zweck hatte, die Arbeitslosenunterstützungsgegner zu verschüchtern. Man kann aus dem Leitartikel sehen, daß die ehemaligen Gegner durchweg überzeugte Kollegen sind und sich leicht mit der Erhöhung der Beiträge abfinden werden. Es wird wohl besser sein, wir machen Schluß mit dem Protestieren, da wir jetzt schon das Vergnügen haben, in den christlichen Zeitungen herumgezogen zu werden, denn dieselben sehen jetzt schon eine Spaltung des Holzarbeiterverbandes voraus.

Reigen wir durch unser Verhalten, daß wir keine Christen sind, die sich in eine Richtung Giesberts und Liebe spalten.

H. Waldeis. M. Streppel.

Differenzen und Lohnbewegung in der Holzindustrie.

Die Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises in Berlin ist abgelehnt worden. Die Generalversammlung der Innung war es, welche den ablehnenden Beschluß faßte. Der Innungsnachweis bleibt demnach weiter bestehen. Jedoch haben die Meister beschlossen, den Zwang, daß nur durch den Innungsnachweis Gesellen eingestellt werden, aufzuheben und die Entlassungsscheine fallen zu lassen.

Die Berliner Holzarbeiter haben auch diesen freiwilligen Arbeitsnachweis gesperrt. Um den Kollegen das Fernbleiben vom Innungsnachweis zu erleichtern, wird die im Jahre 1904 in Kraft tretende Arbeitslosenunterstützung schon jetzt eingeführt. Der Beitrag von 60 % pro Woche wird beibehalten. Allen Mitgliedern, die den Arbeitsnachweis der Innung bezeugen, wird der Anspruch auf jede Unterstützung auf längere Zeit entzogen.

In der Uhrgehäusefabrik von Rohland & Rohland in Ciriawitzschau haben sämtliche Arbeiter wegen achtprozentigen Lohnabzugs die Arbeit eingestellt. Es wird dringend ersucht, den Bezug fernzuhalten.

In der Automobilfabrik von Fried. Herling in Ronneburg sind sämtliche Tischler und Stellmacher wegen Maßregelung eines Kollegen in den Ausstand getreten.

Im Möbelgeschäft der Firma Johann Speckhardt in Bensheim bestehen Lohnindifferenzen. Bezug ist fernzuhalten.

Aus den Berufen der Holzbranche.

Unsere Leipziger Kollegen haben in einer vortige Woche vorgenommenen Abstimmung mit großer Majorität beschlossen, ab 1. April einen Beitrag von 45 % pro Woche zu erheben. An der Abstimmung beteiligten sich 2024 Mitglieder, gleich 81 % der Gesamtmitgliedschaft. Davon stimmten 1407 für 45 %, 508 für 40 % und nur 109 Mitglieder lehnten jede Erhöhung des Beitrages ab.

Die Leipziger Kollegen geben damit der gesamten Kollegenchaft Deutschlands ein seltenes Beispiel organisatorischer Mäßigkeit.

Aus der Waggonindustrie. Zu den Waggonfabriken, die durch die herrschende Wirtschaftskrise besonders hart mitgenommen sind, zählt in erster Linie mit die Gothaer Waggonfabrik, vorm. Fris. Rothmann & Gluck in Gotha. Schon im Vorjahre hatte dieses Unternehmen einen Verlust von M. 229 345 zu verzeichnen, der von verschiedenen Interessenten gedeckt wurde. Im letzten Jahre war der Stand der Gesellschaft keineswegs günstiger, denn bei M. 117 820 Abschreibungen und M. 139 958 Betriebsverlust ergibt sich ein Gesamtverlust von M. 257 779, der wiederum auf den Geschäftsgang zurückgeführt wird. Aufträge lagen so wenig vor, daß sie zur vollen Beschäftigung der Fabrik nicht ausreichten. Der Umsatz betrug nur M. 1 021 911 gegen M. 1 655 084 im Vorjahre. Geliefert wurden 42 (63) Personenzüge und 286 (504) Güterzüge. Ueber die Deckung des jetzt abermals vorliegenden beträchtlichen Fehlbetrages macht der Geschäftsbericht keine Vorschläge. Dagegen spricht er die Erwartung aus, daß es gelingen werde, das Unternehmen wieder gewinnbringend zu gestalten. Bei M. 1 000 000 Aktienkapital und M. 569 500 Anleihenbeträgen die schwebenden Verbindlichkeiten der Gesellschaft M. 622 076, wozu noch M. 20 601 Agendverbindlichkeiten hinzutreten. An Vorräten werden M. 528 226, an Ausständen M. 213 486 ausgewiesen. Es wird sich also eine baldige „Sanierung“ der Gesellschaft notwendig machen, soll der gänzliche Bankrott vermieden werden, denn von Hoffnungen kann ein industrielles Unternehmen bekanntlich nicht leben.

Die Zustände in der Waggonfabrik von Busch in Naunhen hatte unser Kollege Haal aus Dresden in einer Naunhener öffentlichen Versammlung besprochen. Dabei hatte er die Behauptung aufgestellt, daß zur Herstellung von fünf Eisenbahnwaggons für die sächsische Staatsbahn nicht das zuvor amtlich besichtigte Holz, sondern schlechtes, theils rissiges, theils faules Holz verwendet worden sei. Dadurch fühlte sich die Firma beleidigt und stellte Strafantrag, der vom Staatsanwalt im öffentlichen Interesse aufgenommen wurde. In der Verhandlung vor der Strafkammer des Landgerichts Naunhen wurde durch drei Stellmacher, die an diesen Wagen gearbeitet hatten, ausgesagt, daß Schwellen, die zu den Wagen verwendet wurden, rissig und zum Theil faul gewesen seien, daß statt der amtlich besichtigten Schwellen andere verwendet worden seien, daß große Stellen an diesen Schwellen ausgefließt worden seien. Bei einer Revision durch den Zeugen, Eisenbahnsekretär Zimmer, an halbfertigen Wagen sind an einem Träger gestellte Stellen vorgefunden worden. Der Träger mußte wieder herausgenommen werden. Ein Werkführer der Fabrik war zwar sehr unbestimmt in seinen Aussagen, mußte aber schließlich auch zugeben, daß Flickeien vorgekommen seien, wenn sie auch nicht so groß sein sollten, wie die drei Stellmacher bezeugt hatten. Es entspricht nur dem Geiste unserer modernen Rechtsprechung, daß Haal trotz Feststellung dieser Thatsachen zu A 500 Geldstrafe verurtheilt wurde, weil er der Firma unredliche Absichten unterzogen habe.

Die Uhrgehäusefabrik von R. Grunert & Co. in Schmolln hat einen stattlichen Neubau in der Lohsestraße errichtet und siedelt in dieser Woche nun vollständig in den neuen Betrieb über. In der alten innengehabten Fabrik wird, wie verlautet, von dem Besitzer derselben eine neue Uhrgehäusefabrik errichtet, so daß in Schmolln dann fünf solche Anlagen mit ungefähre 850 Arbeitern im Betrieb sein werden. Davon sind noch nicht ganz 100 im Verband, eine Zahl, die den Lohn- und Arbeitsverhältnissen entspricht, denn in dieser Beziehung liegt noch Vieles im Argen. Die Arbeiter müssen schuften was das Zeug hält, um einen Lohn von M. 15-16 zu erzielen; sogar Ueberstunden bis Abends 8 Uhr müssen sie machen.

Gewerkschaftliches.

Der letzte Kongreß der Steinarbeiter (Steinmetzen) hatte die Einrichtung einer Krankheitsunterstützungskasse mit der Maßgabe beschlossen, daß die Mitglieder der Organisation durch Urabstimmung ihr Votum abgeben sollten. Die Urabstimmung hat nunmehr stattgefunden und der Kongreßbeschlus ist nicht sanktioniert worden. Mit 3035 Stimmen gegen 1966 wurde die Einführung der Zuschusskasse abgelehnt. Die Theilnahme an der Abstimmung war, wie der „Steinarbeiter“ berichtet, flau; ein volles Drittel der Mitglieder enthielt sich der Abstimmung. Einige größere Zahlstellen stimmten geschlossen gegen das Projekt.

Im Tabakarbeiterverband hat gleichfalls eine Urabstimmung über Errichtung einer Zuschusskasse in Krankheitsfällen stattgefunden. Die Einrichtung ist beschlossen worden. An der Abstimmung beteiligten sich 12 728 Mitglieder, von denen 7477 mit Ja stimmten. Etwas 5000 Mitglieder verhielten sich theilnahmslos. — Die Zentralkrankenkasse der Tabakarbeiter wird sich demnach gleichfalls in eine Zuschusskasse umwandeln, da sie als eingetragene Kasse mit ihren bisherigen Beiträgen und Leistungen den gesetzlichen Anforderungen (Reservefonds) nicht genügen konnte.

Die städtischen Arbeiter Württembergs, die bisher in einem Sonderverband organisiert waren, haben auf ihrem Anfang November in Stuttgart stattgefundenen außerordentlichen Verbandstag einstimmig den Anschluß ihrer Organisation an den Verband der Gemeindefabrikarbeiter Deutschlands beschlossen. Nach erfolgtem Anschluß an den Gemeindefabrikarbeiterverband wird letztgenannte Organisation in Stuttgart ein Sekretariat für sämtliche süddeutsche Zahlstellen errichten, dem Altvater, der bisherige bewährte Vorsitzende des württembergischen Gemeindefabrikarbeiterverbandes, vorstehen wird.

Soldaten gegen die Arbeiterbewegung. Die Stadtverwaltung von Rattowig, die z. B. ihren Jahresbericht für das Jahr 1901 in Druck gegeben hat, vertritt in diesem die Ansicht, daß die Macht der Polizei nicht mehr genügen wird, die gewerkschaftliche und die politische Bewegung, die sehr bedeutend anwächst, im Zaume zu halten; es sei nöthig, daß Militär in den Industriebezirk gebracht würde. Die Polizeivermehrung, die in allen Ortschaften des Industriebezirks durchgeführt worden sei mit Rücksicht auf die wachsende Arbeiterbewegung, habe nichts genutzt.

Wenn man geglaubt hat, daß die Arbeiterbewegung durch Vermehrung der Polizei unterdrückt werden könnte, so war das ebenso thöricht wie der Glaube, die Soldaten könnten dorthin bringen, was der Polizei nicht gelungen ist.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Seltene Polizeilogik in Posen. Das Posener Polizeipräsidium hat dem dortigen Gewerkschaftsartikel die Veranstaltung von Vorlesungen aus klassischen Dichtungen, wie G. Hauptmann's „Weber“, A. Fuld's „Das verlorene Paradies“ und H. Langmann's „Variel Turaxer“ ohne Angabe von Gründen verboten und im Verwaltungsverfahren das Verbot in folgender Weise motiviert:

„Das Gewerkschaftsartikel Posen hatte für diesen Sommer eine Anzahl Streiks in Aussicht genommen. Anscheinend um die dem Gewerkschaftsartikel angehörigen Arbeitermassen für die Streiks gehörig vorzubereiten und gegen die besitzenden und arbeitgebenden Stände noch mehr als dieses in den Versammlungen des Partells an und für sich schon geschieht, aufzubringen und zu entflammen, hat der Kläger den Plan ausgeflügelt, Stücke mit ausgesprochenen Tendenz nach der angegebenen Richtung in den Arbeiterversammlungen durch einen dramatischen Schauspieler rezitieren zu lassen.“

Kläger war sich aber von vornherein bewußt, daß er die Erlaubnis zu diesen Vorträgen nicht erhalten würde, im Hinblick auf die Tendenz der Stücke, in Verbindung damit, daß sie vor einer Zuhörerschaft rezitirt werden sollten, welche ausschließlich aus streiklustigen Arbeitern besteht.

Die Erlaubnis mußte in Gemäßheit der vorstehenden Ausführungen verweigert werden, weil die vom Kläger ausgewählten Dichtungen als ausgesprochene Tendenzstücke nicht geeignet erschienen, von Arbeiterkreisen, welche durch die bevorstehenden Lohnkämpfe sich schon an und für sich in einem erregten Zustande befanden, angehört zu werden.

Die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung könnte hierdurch gefährdet werden und deswegen schien mir eine Unerkundigung geboten.“

Darauf wurde am 30. Oktober der Einspruch des Artells abgewiesen. Gegen das Urtheil ist bereits der Entscheid des Oberverwaltungsgerichtshofes anrufen. Nach dieser Logik der Posener Polizei dürften in Berlin oder Hamburg, wo zu jeder Jahreszeit irgend welche Streikdifferenzen bestehen, Stücke, wie die angeführten, überhaupt niemals vortragen werden. Diese vormärzliche Bevormundung der Arbeiter fordert den Spott aller gebildeten Nationen heraus.

Technisches.

Dem Berliner Imprägnir-Präparat „Grundol“, das in der Ladjabrik des Herrn C. Watsch, Berlin-Reinickendorf, hergestellt wird, werden von der Firma folgende gute Eigenschaften nachgerühmt:

„Aus besonders elastischen, dem Holz verwandten Materialien hergestellt, hat dasselbe die hervorragendste technische Eigenschaft, sich bei der Verarbeitung leicht und fest mit dem Zellengewebe des Holzes zu verbinden, ohne hierbei aufzurauchen oder eine die Struktur des Holzes beeinträchtigende Schicht zu bilden.“

Nach 20 Minuten nach der Verarbeitung ist nicht nur das Präparat vollständig hart geworden, sondern durch dasselbe auch das troden oder mit Del geschlossene Holz. Infolgedessen kann das Holz durch die nachfolgende Anfeuchtung mit Del, Politur, Lack oder Mattierung nicht mehr, wie bisher, aufquellen und nach-trocknen.

Ein Nachtroden, Ausschlagen oder Reißen des Grundes ist bei vorschriftsmäßiger Anwendung gänzlich ausgeschlossen. Mit Berliner Imprägnir-Präparat behandelte Holztheile werden schöner und dauerhafter als anderweitig bearbeitete, da jede Deck- oder Krustenbildung, durch welche allerdings Anzuträglichkeiten entstehen würden, in Wegfall kommt. Es ergibt sich durch die Leichtigkeit und Schnelligkeit in der Verarbeitung des Materials bedeutende Ersparnis in der Fabrikation, wovon sich jeder Interessent beim Versuch sofort überzeugen wird.“

Gleichfalls empfiehlt die Firma eine Streichpolitur, Polisol genannt, bei deren Gebrauch es möglich sein soll, auf jedem rohen Holz durch einfachen Aufstrich einen vorzüglichen spiegelglatten Hochglanz zu erzeugen.

Unsere Kollegen können ja einmal mit den empfohlenen Präparaten einen Versuch machen, wir glauben, daß die Firma kleine Proben zur Verfügung stellt. Wir konnten einen Versuch nicht machen, da wir keine Proben gesehen haben.

Briefkasten.

- * Eine große Bilderrahmenfabrik befindet sich in Düsseldorf, Firma G. F. Conzen, Kaiserstr. 13.
- Düsseldorf, F. R. Westen Dank. Wieder hergestellt? Gruß.
- Corbetha, C. S. Hier ist nichts eingegangen.
- J. B. M. Frage 1, 2 und 3 Ja, 4 drei Monate.
- Gotha, B. C. Ein Werk über Waggonbau ist uns nicht bekannt. Werke über Wagenbau können Sie von unserer Expedition beziehen.

Martirova. Berichte, die nicht mit dem Zahlstellenkempel versehen sind, dürfen wir unter keinen Umständen aufnehmen, und das um so weniger, wenn es sich, wie in Ihrem Falle, um eine Kritik von Betriebsverhältnissen handelt. Wer bürgt uns denn dafür, daß die in dem Bericht gemachten Angaben den Thatsachen entsprechen? Jedenfalls fehlt uns jede Möglichkeit der Kontrolle, daß wir es in den Artikelschreibern mit Verbandskollegen zu thun haben.

Central-Kranken- und Sterbe-Kasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter.

(G. S. in Hamburg.)

Vom 14. bis 30. November gingen folgende Gelder ein: Altona, Berlin F, Kiel je 800, Berlin B, Dresden A, Nitzdorf je 600, Gotha, Berlin G, Hamburg V, Plagwitz, Würzburg II je 400, Weinheim 350, Genu Moor, Hamburg IV, Lichtenberg, Neu-Mecklenburg je 300, Würzen, Hohen-Schönhausen, Erlangen, Oldesloe, Neuß, Daubau, Wudau, Düsseldorf, Hochstadt, Wolfmarzdorf je 200, Neu-Müppin 180, Feudenheim, Lutz, Reisch, Heidesheim, Siegburg, Landau je 150, Briesg, Wilschheim, Blankenburg i. Th., Ratingen, Kuppurr, Neuhofen, Stötteritz, Rothweil, Niederzwehren, Merheim, Gendelheim, Burgstädt, Baumsdorf, Seehelm Sülzfeld je 100, Strahlen 80, Kirchdimmold 60, Jellbach, Heidershausen je 50, Summa M. 11 770.

Vom 14. bis 30. November erhielten Zuschüsse: Büdingen M. 400, Freiberg i. S., Lampertheim, Mariendorf, Neu-Ulm, Wolf, Durlach, Braunschweig je 200, Hermühheim, Posen je 150, Briesg, Göttingen, Oppau, Kronach je 100, Carlshafen 88, Zuisburg, Weiterstadt, Weitenhausen je 75, Reulshausen 60, Lippelschhausen 50, Polmirthebt 40. Summa M. 2938.

Krankenunterstützung für Einzelmitglieder wurde durch die Hauptkasse bezahlt M. 2046,84.

L. Jacobs, Hauptkassirer.

